

# Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei zu Hause vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Genthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

## Der Konflikt zwischen dem preussischen Abgeordnetenhaus und dem deutschen Reichstage.

Eine geradezu merkwürdige Erscheinung ist das gegenwärtige Verhältnis des deutschen Reichstages zum preussischen Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus ist in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung reaktionär und steht der preussischen Regierung vollständig zu Diensten. Der deutsche Reichstag aber ist in politischen Fragen vielfach oppositionell und es gelingt nicht immer dem Reichskanzler, dort seinen Willen zu bekommen.

Bei rein wirtschaftlichen Fragen, Zoll-erhöhungen, Bevorzugung der Landwirtschaft ist allerdings auch im Reichstage eine regierungsfreundliche Mehrheit vorhanden, die jedoch, wenn eine wirtschaftliche Maßregel, wie z. B. das Branntweinmonopol, die Machtverhältnisse der Regierung im Allgemeinen zu steigern geeignet ist, in eine Minorität umschlagen kann.

Das Branntweinmonopol an sich genirt das Zentrum wenig; aus wirtschaftlichen Gründen würde es sicher im Interesse der Großgrundbesitzer demselben zustimmen. Aber die innere Macht des Deutschen Reichs den Einzelstaaten gegenüber würde durch die großen selbstständigen Reichsmaßnahmen aus dem Branntweinmonopol ungemein gelitten, so daß die mehr oder weniger partikularistisch angehauchten Zentrumsleute nicht für das Monopol stimmen. Die Deutschfreisinnigen sind nun einmal an sich gegen jeglichen Staatsbetrieb, deshalb auch gegen das Branntweinmonopol aus rein wirtschaftlichen Gründen; sie würden auch gegen das Monopol sein, wenn gar keine politischen Bedenken entgegenständen.

Die Frage: Monopol oder nicht, beantwortet die Arbeiterpartei, die sich sonst prinzipiell auf den Boden des Staatsbetriebs stellt, in verneinendem Sinne ausschließlich aus politischen Gründen. Die Abhängigkeit von vielen Monopolarbeitern von einer reaktionären Regierung, die großen Reichseinnahmen aus dem Monopol, die natürlich auch zu solchen Ausgaben führen, welche der Reichsregierung besonders am Herzen liegen und von denen sie sehr zweifelhaft ist, ob das Volk besonderen Nutzen davon hat, zwingen die Arbeiterpartei, sich ablehnend gegen das Branntweinmonopol zu verhalten. Aus denselben Gründen hat sie sich seiner Zeit gegen das Tabakmonopol erklärt, trotzdem zahlreiche Tabakarbeiter profitieren, durch das Monopol aus ihrer wirtschaft-

lichen Misere, in der sie sich bei der planlosen Privatproduktion befanden und noch befinden, erlöst zu werden.

Stehen aber die oben genannten Parteien zusammen, zu denen noch die sieben volksparteilichen Abgeordneten und ca. 5 „Wilde“ (Benzmann, Langwerth etc.) kommen, dann ist ohne Voten und Elfmasser, auf die man im Allgemeinen sich sehr schlecht verlassen kann, eine Mehrheit im Reichstage vorhanden.

Man sieht also, daß der Reichskanzler sich auf den Reichstag nicht verlassen kann; besonders wurde ihm das klar bei der Behandlung der Ausweisungfrage von Personen fremder Nationalität aus Theilen des deutschen Reichsgebiets. Als diese Ausweisungen im Reichstage ihre Verurteilung fanden, sollten dieselben vom preussischen Abgeordnetenhaus gebilligt, es sollte von dieser partikularistischen Körperschaft dem deutschen Reichstage ein Paroli geboten werden.

Das war in der That von einem deutschen Reichskanzler kein glücklicher Gedanke. Konnte er sich mit dem deutschen Reichstage nicht einigen, so stand der Weg offen, zur Auflösung desselben zu schreiten. Aber eine Partikulargesetzgebung und sei es auch die des preussischen Staates um Hilfe anzurufen, das war unseres Erachtens wenig klug von dem „Begründer des Deutschen Reichs.“

Und wer leistete ihm wiederum, wie immer, blindlings Herresfolge? Die Nationalliberalen, die ja neben dem Reichskanzler die eigentlichen Reichsbegründer sein wollen. Nicht nur die preussischen Nationalliberalen, nein auch die süddeutschen bliesen in das partikularistisch-preussische Horn! Es ist zum Lachen! Die Nationalliberalen sind eben „weder national, noch liberal“, sie sind einfach bismarckisch und rutschen vor dem „Heros des neunzehnten Jahrhunderts“ auf dem Bauche. Dadurch allein erklärt sich das würdelose Verhalten dieser Partei.

Daß die Konservativen, die ja in ihrer innersten Seele durchweg echt partikularistisch-preussisch immer gewesen sind, sich in dem Konflikt des deutschen Parlaments mit dem preussischen Abgeordnetenhaus auf Seite des letzteren stellen, ist ja selbstverständlich und nicht anders zu erwarten. Sie haben eben niemals vom Deutschen Reiche etwas gehalten, sie haben diese neue Schöpfung immer nur als eine Deloration für das preussische Königthum angesehen.

Vorläufig ist das preussische Abgeordnetenhaus im Kampfe gegen den deutschen Reichstag unterlegen. Das Volk ist aufmerksam geworden auf die Servilität des ersten gesetzgebenden Körpers und hat etwas mehr Achtung bekommen vor dem Reichstage. Das Volk weiß ja auch, daß das preussische Abgeordnetenhaus aus Wahlen hervorgegangen ist, bei welchen der Besitz ent-

scheidet und nicht das Volk. Das Volk liebt das allgemeine gleiche Wahlrecht trotz seiner Mängel als ein volksthümliches Recht und ihm ist deshalb der Reichstag trotz seiner Schwächen und Gebrechen gleichfalls eine volksthümliche Institution, die es gegen allerlei Herrschergelüste und vor allen Dingen gegen das anmaßliche, reaktionäre, partikularistische preussische Abgeordnetenhaus verteidigen wird.

Möge man doch den deutschen Reichstag auflösen! Die Gelegenheit ist ja günstig, die „Obstruktionspolitik“ dieser Körperschaft zu brechen. Also nur zu! Oder hat man Furcht, daß durch die Neuwahlen die Reihen der Opposition gestärkt werden. Das scheint fast so!

Das Volk aber und besonders das arbeitende Volk wird, ob jetzt der Reichstag aufgelöst wird oder nicht, durch eine gewaltige Beteiligung bei den nächsten Reichstagswahlen zeigen, daß das allgemeine Wahlrecht den Sieg über alle Klassenrechte davon trägt.

## Die Urnruhen in London.

—t. In Bezug auf die sogenannten „sozialistischen“ oder „anarchistischen“ Urnruhen in London wird uns geschrieben: Auf Grund meiner genaueren Kenntniss der englischen und insbesondere der Londoner Verhältnisse muß ich Sie vor den Zeitungsberichten und Telegrammen über die jüngsten Londoner Vorkommnisse auf das Dringendste warnen. Menschenansammlungen von 10 000 Personen wollen in einer Stadt, wie London, gar nichts bedeuten, wo es kinderleicht ist, auf einem entsprechend großen Platz hunderttausende zu versammeln, wenn man will. Ich erinnere nur an die bekannte Anekdote, daß der Wigbold Charles Lamb einst weitete, auf Trafalgar Square binnen 1/2 Stunde 100 000 Menschen zusammenzubringen und seine Wette auch dadurch gewann, daß er hartnäckig nach dem Löwen des Northumberland-Gouffe aufschaute und die Meinung aussprach, der Schwanz desselben bewege sich. — Die bloße Thatfache, daß die Menschenzahl am vorigen Montag bloß auf 10 000 Personen geschätzt wird, beweist, daß kein Plan bestanden haben kann, Massen zusammen zu bringen. Denn dann wären es mehr gewesen. Es war eine einfache Versammlung, veranstaltet von der „Sozialdemokratischen Föderation“, einer ganz einflusslosen und keineswegs populären Gesellschaft. — Herr Hundman, welcher als „anarchistischer Brandredner“ aufgeführt wird, ist ein entschiedener Gegner der Anarchisten; und Alles eher, nur kein Revolutionär. Es erhellt dies zur Genüge daraus, daß er bei der letzten Wahl für die Tories gegen die Liberalen agitierte — er ist also etwas Rehnliches, wie in Deutschland ein Christlich-Sozialer. — In der betreffenden Montagversammlung ist es durchaus ruhig hergegangen. Auch nicht die geringste Ruhestörung. — Alles verlief auf das Blatteste. — Die sog. Urnruhen lauten

„Ich schwöre es Ihnen zu,“ rief die Baronin „ich weiß von nichts!“

Er lachte kurz und höhnisch.

„Um so besser für Sie,“ sagte er. „Einstweilen müssen Sie schon die Güte haben, mir noch zu einem Protokoll zu sitzen. Die Dienerschaft und Fräulein Eschenbach werde ich morgen Früh vernehmen.“

Die Baronin richtete sich zu ihrer vollen Höhe auf.

„Es ist zehn Uhr Nachts, mein Herr,“ sagte sie, „und ich werde Ihnen heute nicht mehr Rede stehen.“

„Ich habe meine Gründe, hierauf zu bestehen,“ erwiderte er schroff. „Möller — fertig?“

„Bereit!“ war die Antwort.

Der Genannte hatte sich zum Tisch gesetzt und einen Protokoll-Bogen vor sich ausgebreitet; die Feder in der Hand, blickte er erwartend auf seinen Vorgesetzten.

Die Baronin warf sich abellaunig in einen Sessel. So vergewaltigt zu werden — es war hart für eine so stolze Dame, und dennoch hatte sie nicht den Muth, dem Beamten zu trotzen.

„Fragen Sie,“ sagte sie, „nur machen Sie es kurz. Ich bin müde und möchte noch ein Wort der Beruhigung und des Trostes an Erna richten.“

„Versagen Sie sich das,“ entgegnete mit kaltem Lächeln der Kommissär. „Sie werden Fräulein Eschenbach heute nicht und kaum überhaupt noch einmal sehen.“

„Wie meinen Sie das?“ fragte bange die Baronin. „Er betrachtete sie verwundert.“

„Wahrhaftig,“ lachte er, „wenn ich nicht Romberg wäre, könnte ich mich von Ihnen täuschen lassen. Aber nicht umsonst hat man mich mit der Voruntersuchung in diesem schwierigen Falle betraut; mich täuscht man nicht, und Ihre entrüsteten Wallungen imponiren mir so wenig wie Fräulein Eschenbachs Thränen mich rühren. Ich werde sie morgen trotzdem gefangen fortführen.“

„Gefangen?!“ rief die Baronin starr. „Gefangen?!“

— Sie war aus ihrem Sessel emporgeschleudert. Bleich und bebend, die Hand auf den heftig wogenden Busen gepreßt, stand sie vor dem Kommissär.

## Feuilleton.

### Die Tochter des Bankrotteurs.

Roman aus der Gegenwart

von

Gustav Köffel.

„Und wenn ich Sie versichere,“ entgegnete erregt die Baronin, „daß mir dieser ganze Vorgang von A bis Z so unverständlich ist, wie mir überhaupt noch nie etwas gewesen!“

„Dann ist vielleicht Fräulein Eschenbach um so besser unterrichtet!“ sagte Romberg schneidend.

„Erna — Du?“ fragte staunend und nicht ohne Mißgefühl die Baronin.

Das junge Mädchen schüttelte in abwehrender Weise den Kopf.

„Ich weiß von nichts, Mama,“ sagte sie. Als sie dann aber des Beamten Auge starr und durchbohrend auf sich gerichtet sah, erbeute sie wie eine Schuldige.

Die Baronin bemerkte das nicht.

„Sie wollen uns also nicht sagen —“ begann sie wieder.

„Amtsgeheimnis!“ entgegnete er achselzuckend. „In dem Namen Köffel und Gollnow zurück. Jener bezeichnet die Schlüssel.“

„Sind das Alle?“ fragte der Kommissär mit einem Seitenblick auf die Baronin.

„Ich kenne sie nicht, fragen Sie meinen Diener,“ entgegnete diese kalt.

Der Kastellan versichert, daß keine anderen da seien,“ bemerkte Köffel.

„Es ist gut,“ sagte sein Vorgesetzter. „Gehen wir!“

„Wo wollen Sie anfangen — hier?“ fragte die Baronin.

„Mit Verlaub in den Zimmern des Fräuleins, die uns dorthin wohl begleitet!“ entgegnete Romberg.

Erna erhob sich mechanisch. Am Arme der ungebrochenen Baronin wandte sie hinaus. Die Beamten

schlossen sich an und zwar so eng, daß ihnen kein leise gewechseltes Wort der beiden Damen entgehen konnte.

Die Hausführung war beendet und fruchtlos ausgefallen. In arger Verstimmung lehrte der Kommissär nach dem zuerst betretenen Zimmer zurück. Die Baronin folgte. Ihre Lippen kräuselte ein übermüthiges Lächeln. Möller, der auch mit herein gekommen war, verhielt sich abwartend in der Nähe der Thür. Erna und Gollnow blieben fort.

„Nun, Herr Kommissär,“ sagte die Baronin zu dem finster blickenden Beamten, „was sagte ich Ihnen gleich Anfangs? Ich habe nichts zu verbergen. Selbst meine Privatkorrespondenz ist Ihrer Revision nicht entgangen, und auch darin haben Sie nichts gefunden. Ich meine, Sie mühten nun überzeugt sein, daß Sie sich hier auf einer falschen Fährte befinden.“

„O ganz und gar nicht, Madame,“ entgegnete gereizt der Andere. „Das, was ich erlangen wollte, habe ich ja doch bewirkt, nämlich Fräulein Eschenbach hinter Schloß und Riegel zu bringen.“

Das Lächeln schwand von den Lippen der Baronin, sie erbleichte.

„Kamen Sie in solcher Absicht hierher?“ stammelte sie. „Würden wir denn die Dame sonst so verfolgt haben?“

fragte Romberg dagegen.

Die Schloßherrin blickte ihn starr an. Er legte die Hände auf den Rücken und machte einen Gang durch's Zimmer. Es entstand eine peinliche Pause.

„Und weswegen verfolgen Sie Erna?“ fragte Jene dann gepreßt.

Er blieb vor ihr stehen und blickte sie finster forschend an. Sie hielt diesem Blicke Stand.

„Weswegen verfolgt man denn einen Menschen wie ein geheimes Bild?“ fragte er. Und sich unwillig abwendend, fügte er hinzu: „Aber was rede ich noch? Sie wissen ja Alles und Möller!“

„Herr Kommissär?“ fragte der Beamte bescheiden.

„Protokoll!“ sagte Romberg befehlend. Man sah es ihm an, der Unmuth drängte Worte zu seinen Lippen, die er gewaltsam wieder hinabwürgte.







auf das Ansehen und die Rechte der Vertretung der deutschen Nation auf das Entschiedenste zurückzuweisen."

### Frankreich.

Der französische Senat nahm nach dreitägigen Debatten über den Gesetzentwurf betreffend die Umgestaltung der Elementarschulen den Artikel an, nach welchem der Unterricht in den Gemeinde-Elementarschulen von den Gemeindegliedern und Mitgliedern der Kongregationen von denselben ausgeschlossen werden.

Die Deputiertenkammer berief den Antrag Michelins und anderer Intransigenten, welche eine Enquete über die Verantwortlichkeit in der Longingangelegenheit verlangten. Der Konseilspräsident Freycinet bekämpfte diesen Antrag, weil er darauf abzielt, die Mitglieder der früheren Kammer gleichsam unter Anklage zu stellen, und da derselbe ferner gefährliche Präzedenzfälle schaffen, sowie die Einigung der republikanischen Parteien hindern und die Autorität Frankreichs bei ähnlichen Fällen vermindern würde. Der Antrag wurde schließlich mit 288 gegen 154 Stimmen abgelehnt. Die Rechte enthielt sich der Abstimmung. — Henri Rochefort hat in den Wandelgängen der Kammer erklärt, er habe in Folge der Ablehnung des Amnestieantrages sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt.

Paris, 8. Februar. Die Beilegung an den gestrigen Wahlen für den Pariser Gemeinderath war noch geringer, als vor acht Tagen. Damals stimmte etwas über die Hälfte der Wähler, am 7. Februar schritten von 69 339 eingeschriebenen Wählern nur 33 756 zu den Urnen. Außer im Viertel Bal-des-Graves (5. Arrondissement), wo ein gemäßigter Republikaner, Gaston Carle, der politische Direktor des "Paix" durchdrang, bestanden überall — es waren 9 Gemeinderäthe zu ernennen — legalistische Radikale, darunter die Journalisten Alphons Dupont und Yonquet, das Viertel Stignancourt schickte den Arbeiterkandidaten Joffrin wieder in das Hotel de Ville.

Paris, 9. Februar. Die Deputiertenkammer beschloß, verschiedene Anträge in Erwägung zu ziehen, nämlich den Antrag Vallus auf eine Reform der Steuerorganisation, ferner den Antrag Thiesse auf Einführung einer Aufenthaltsteuer für Fremde und einen Antrag, wonach ausschließlich französische Arbeiter bei öffentlichen Arbeiten verwendet werden sollen. — Nach hier eingegangenen Nachrichten aus St. Quentin haben viele Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik dürfte demnach beendet sein.

Paris, 9. Februar, Abends. In einer heute stattgehabten Unterredung des Konseilspräsidenten Freycinet mit den Unterzeichnern des Antrages auf Ausweisung der Prinzen erklarte Freycinet, es sei bereit, zu handeln, wenn die Umstände es erlaubten, er wolle aber keine bestimmte Verpflichtung übernehmen, noch auch einen bestimmten Zeitpunkt festsetzen. Nach der Unterredung beschloßen die Unterzeichner, ihren Antrag aufrechtzuhalten.

### Spanien.

Die soziale Frage tritt auch in Spanien immer mehr in den Vordergrund. Die Demonstrationen der Arbeitslosen haben der Regierung gezeigt, daß absolut etwas zur Abhilfe geschehen muß. Allein zu durchgreifenden Reformen kann sie sich hier so wenig wie anderswo entschließen. Man glaubt genug getan zu haben, wenn man sich entschließt, durch Finanzgründungen einer Reihe von öffentlichen Arbeiten und durch Wohlthätigkeitseinrichtungen der allergrößten Noth etwas entgegenzusetzen. Und so haben denn der Magistrat von Madrid und die Regierung Tausende von nothleidenden Arbeitern engagirt, die aber nicht auf längere Zeit beschäftigt werden können, weil keine Mittel in den öffentlichen Kassen vorhanden sind. Man beginnt in den leitenden Kreisen sehr unruhig zu werden, weil man unter solchen Umständen nicht weiß, wie die Sache enden soll.

### Amerika.

Washington, 7. Februar. Der Senat hat mit 32 gegen 22 Stimmen den Gesetzentwurf angenommen, durch welchen das Territorium Dakota in den amerikanischen Staaten vergrößert und als der 39. Staat aufgenommen wird. Der Entwurf theilt das gegenwärtige Territorium Dakota im 46. Breitengrade, läßt den südlichen Theil als einen neuen Staat zu und macht aus dem nördlichen Theile ein neues Territorium, das Lincoln genannt werden soll. Die Republikaner und der demokratische Senator Voorhees von Indiana stimmen für, alle anderen Demokraten gegen die Vorlage. Derselbe geht jetzt an das Repräsentantenhaus.

## Parlamentarisches.

In der Sitzung der Kommission (Arbeit) vom 10. d. M. wurde die Diskussion über die Frage der Kinderarbeit fortgesetzt. Eingegangen sind Anträge der Herren Dr. Hartmann und Dr. Schneider. Letzterer verlangt die Bestimmung einer Enquete zur Ermittlung der Zahl der beschäftigten Kinder, sowie die Art der Beschäftigung. Dr. Hartmann beantragt: Den Reichskanzler zu ersuchen, baldigst dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Beschäftigung von Kindern im Gewerbe außerhalb der Fabriken unter der nötigen Rücksichtnahme auf die körperliche, sittliche und intellektuelle Entwicklung der Kinder geregelt wird. Im Laufe der Diskussion wurde noch vom Abgeordneten Hartmann eine Resolution eingebracht, dahin gehend, den Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die gewerbmäßige Beschäftigung schulpflichtiger Kinder unter 14 Jahren in Fabriken und Werkstätten thunlichst verboten werde. Auch in dieser Sitzung wurde von allen Seiten die Bereitwilligkeit zugestanden, etwas in dieser Frage zu thun, weil aber immer noch Interessen verlegt werden, ist man über das Wie äußerst schwankend und unschlüssig. Erwähnens- und beachtenswerth ist eine Erklärung des Regierungs-Kommissars Vohmann, dieselbe lautet: Die verbündeten Regierungen wünschen das gesteckte Ziel — Beschränkung resp. Aufhebung der Kinderarbeit — zu erstreben, soweit der Unterricht und die körperliche Entwicklung der Kinder dies gestatte, müssen sich jedoch dagegen verwahren, mitzuwirken, wo dies gleichbedeutend sei mit Eingriffen, wodurch die Lebenshaltung der Arbeiter herabgesetzt werde!

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Beförderungen deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen, ist nunmehr dem Abgeordnetenhaus zugegangen und hat folgenden Wortlaut:

Wir Wilhelm etc. verordnen unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

§ 1. Der Staatsregierung wird ein Fonds von 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um zur Stärkung des deutschen Elementes in den Provinzen Westpreußen und Posen gegen polonisirende Bestrebungen durch Ansiedlung deutscher Bauern und Arbeiter:

1. Grundstücke käuflich zu erwerben,
2. soweit erforderlich, diejenigen Kosten zu bestreiten, welche entstehen

- a) aus der erstmaligen Einrichtung,
- b) aus der erstmaligen Regelung der Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse

neuer Stellen von mittlerem oder kleinem Umfange oder ganzer Landgemeinden, mögen sie auf besonders dazu angekauften (B. 1) oder auf sonstigen, dem Staate gehörigen Grundstücken errichtet werden.

§ 2. Bei der Ueberlassung der einzelnen Stellen (§ 1) ist eine angemessene Schadloshaltung des Staates vorzusehen. Die Ueberlassung kann in Zeitpacht oder zu Eigenthum erfolgen.

§ 3. Die Beträge, welche der Staat als Schadloshaltung (§ 2) erhält, fließen zu dem in § 1 bezeichneten Fonds.

§ 4. Zur Bereitstellung der Summe für die in § 1 gedachten Verwendungszwecke sind Schuldverschreibungen auszugeben.

Wann, durch welche Stelle und zu welchen Beträgen, zu welchem Finsfusse, zu welchen Bedingungen der Kündigung und zu welchen Kursen die Schuldverschreibungen verausgabt werden sollen, bestimmt der Finanzminister.

Im Uebrigen kommen wegen Verwaltung und Tilgung der Anleihe und wegen Veräußerung der Finsen die Vorschriften des Gesetzes vom 19. Dezember 1869 (Gesetzsamml. S. 1197) zur Anwendung.

§ 5. Die aus Anlaß der §§ 1 und 2 dieses Gesetzes stattfindenden Akte der nicht freiwilligen Gerichtsbarkeit, einschließlich der grundbuchrechtlichen Thätigkeit, sind stempel- und kostenfrei.

§ 6. Dem Landtage ist jährlich über die Ausführung der §§ 1 bis 4 dieses Gesetzes Rechnung zu geben.

§ 7. Die Ausführung dieses Gesetzes wird, soweit solche nach den Bestimmungen des § 4 nicht durch den Finanzminister erfolgt, einer besonderen Kommission übertragen, welche dem Staatsministerium unterstellt ist.

Die näheren Bestimmungen über die Zusammensetzung dieser Kommission, welcher je zwei Mitglieder der beiden Häuser des Landtages angehören sollen, sowie über den Sitz, den Geschäftskreis und die Befugnisse der Kommission, erfolgen im Wege königlicher Verordnung.

Urkundlich etc.  
Gegeben etc.

Die Sperrgelder sind nach der dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Uebersicht über die „eingestellten Leistungen aus Staatsmitteln für römisch-katholische Bischöfe und Geistliche“ auf 15 632 134 Mark 31 Pf. gestiegen. Der Bestand aus dem Rechnungsjahr 1883/84 war 15 132 861 Mark 55 Pf.; dazu sind 1885/86 gekommen 499 272 Mark 32 Pf., zusammen 15 632 134 Mark 86 Pf., wovon an Rückzahlungen ab abgelaufene eingestellte Leistungen 31 331 Mark 36 Pf. kommen, so daß die obden genannte Summe übrig bleibt.

## Vereine und Versammlungen.

\* Der Arbeiter-Bezirksverein des Westens Berlins hielt am Montag Abend in Grönders Salon, Schwerinstr. 26, seine regelmäßige Versammlung ab. Bevor zur Erledigung der

jedoch nicht zu viel von dem Theatro mit nach Hause nehmen; sonst möchte es um Cure schwächenden Liebhaber geschehen sein. — Unter einem Bettel von 1799 findet sich folgende Anmerkung: „Madame Gödel wird heute die Rolle der Ophelia prästentiren und zeigen, was die Schauspielkunst für eine große Wirkung vermag, und Dr. Gödel wird durch sein meisterhaftes Spiel als Hamlet ein hochpreidliches Publikum entzücken. Auch werden Kostüme und Dekorationen ganz neu sein, wie auch der Degen, mit dem der große Brodmann als Hamlet erzollert hat, als er neulich in Wien die Titelrolle prästirt hat. Da der Direktor als Geist nicht selbst an der Kasse sein kann, bittet er einen hohen Adel, es nicht seiner Gattin entgelten zu lassen, dadurch, daß man ausländische Münzen ihr als Zahlung anbietet.“

Ein harter Winter mit Schnee, Eis und starker Kälte liegt seit Wochen auf Thüringen und Sachsen, treibt die Vögel und die Thiere des Waldes in die Nähe menschlicher Wohnungen, und die armen Reisenden, welche auf den Landstragen dahinziehen, in dünnen Mänteln, zerrissenen Hosen, halb barfuß treibt er in den Tod. Es vergeht kein Tag, an dem nicht dieses oder jenes thüringische oder sächsische Vorkommniß berichtet, daß in dem Gemeindehause dieses oder jenes Dorfes ein sogenannter armer Reisender, der den Abend zuvor angekommen, gestorben ist. In den Krankenhäusern größerer Städte liegen sie, wie der „V. Jg.“ geschrieben wird, in Masse mit erfrorenen Füßen, am Topus oder an der Schwindsucht. Die letzteren, welche noch in einem Krankenhause Aufnahme gefunden haben, gehören noch zu den Glücklichen. Auch die, welche in einem Gemeindehause (Armenhause) eines Dorfes starben, sind noch nicht am beständigen Vertheuern. Sie haben doch, wenn sie den letzten Seufzer ausstießen, ein Dach über sich, ein Strohlager unter sich. Am traurigsten ist das Schicksal derer — und ihre Zahl ist nicht gering — die hinter einem Getreidehaufen auf offenem Felde oder in einem offenen Schuppen starben, ohne alle menschliche Hilfe, ohne Beistand und Trost in der letzten schmerzlichen Stunde. Daß alle diese armen Reisenden arbeitslose Bummler wären, ist nicht wahr. Es giebt eine Anzahl arbeitsloser, dem Brantwein ergebener Bagabunden unter ihnen, aber viele dieser armen Reisenden sind nicht arbeitscheu, sondern arbeitslose Unglückliche, die um des lieben dürftigen Lebensunterhaltes willen gern arbeiten würden, wenn sie nur Arbeit fänden. Aber wer giebt älteren Arbeitern und Gesellen, wenn sie die Fränkling schon hinter sich haben, Arbeit? Die Mehrzahl der Arbeitgeber scheuen sich, weil sie glauben, dadurch Ver-

Tagelohnung geschuldet wurde, ehrte die Versammlung das Andenken des aus Berlin ausgewiesenen, in Weissenfels verstorbenen Klempners Kunow durch Erheben von den Sigen. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Herrn Reichstags-Abgeordneten Kräder über Arbeiterbewegung und Frauen-Emancipation. Da der Referent nicht erscheinen konnte, so hielt an dessen Stelle Herr Krohne einen Vortrag über „Frauenbildung“. Die Frau, so führte Redner aus, sei noch lange nicht so gebildet, um den heutigen Verhältnissen Rechnung tragen zu können, das beweise die schlechte materielle Lage derselben, hauptsächlich der Arbeiterinnen. Wenn alle von ihnen den Bildungsgrad besäßen, der ihnen von rechtswegen zukommt, nur dann könnten sie den Kampf ums Dasein mit Erfolg führen, denn „Bildung macht frei“. Redner bedauerte, daß in den meisten Fällen die Töchter des Söhnen gegenüber zurückgesetzt werden, weil sie nicht den gleichen Unterricht in den Schulen genießen, und führte dafür einen Vergleich der „höheren Mädchenschulen“ mit den Gymnasien an. Redner erntete reichen Beifall. In der Diskussion sprachen die Herren Barlow und Böß, zu Verschiedenes die Herren Dennert, Sühmeyer, Kleinert und Barisch. Zu Vertrauensmännern wurden alsdann die Herren Vemm, Meier, Edel, Otto Hoffmann, Dubine und Goppe gewählt. Sodann wurde ein Antrag von Herrn Kleinert gestellt, für die Frau des ausgewiesenen früheren Vorsitzenden Sittler eine Zellerammlung zu veranstalten. Der Antrag wurde angenommen. Die Sammlung ergab einen Betrag von 10 M. 70 Pf.

\* hr. Mit polizeilicher Auflösung endete nach etwa 1 1/2 stündiger Dauer die mehr als 200 Teilnehmer zählende Volksversammlung, welche am Dienstag mit der Tagesordnung „Vortrag des Reichstagsabgeordneten Hasenclever über das Thema: „Der Nord-Ostsee-Kanal im Deutschen Reichthage““ in der Tonhalle unter der Leitung des Herrn Ballmüller stattfand. Schon zur angelegten Stunde war das große Lokal überfüllt; Hunderte, die später kamen, mußten am Eingange zurückgewiesen werden. Der Vortragende, mit lautem Beifall empfangen, begann mit der Bemerkung, daß der Nord-Ostsee-Kanal schon vor 25 Jahren in einer Broschüre, an welcher Viehnecht mitgearbeitet habe, als ein nothwendiges Kulturwerk im Interesse eines leichteren und gefahrloseren Schiffsverkehrs, nicht aber in der Absicht, die Militärmacht überhaupt und insbesondere die Angriffskraft Deutschlands gegen Rußland zu verstärken, gefordert worden sei. Auf demselben demokratischen Standpunkte stehe jetzt die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages, indem sie für die Vertheidigungskraft des Deutschen Reichs gegen Rußland, die Vormacht der Reaction und der Unkultur, durch diesen Kanal verstärkt werde, ohne daß dazu erforderlich ist, die Zahl der Kriegsschiffe zu vermehren, das müsse jedem deutschen Patrioten erwünscht sein. Die Ostsee werde künftig allen Nationen für den Handelsverkehr zugänglich sein. Wo aber Handel und Industrie blühe, da habe die Reaction keine Macht. Denen, die für deutsche Kolonialpolitik schwärmten und in der Hoffnung, daß diese durch den Nord-Ostsee-Kanal einen großen Aufschwung gewinnen werde, der Vorlage zustimmten, gab der Vortragende zu bedenken, daß es in Deutschland noch viel öde Länder giebt, in denen mit geringeren Kosten und mit besseren Erfolgen, als in Afrika und anderen fernen überseeischen Ländern, Kolonisation betrieben werden könnte. Es sei erfreulich, daß bereits auf die Nothwendigkeit eines neuen Elbkanals und eines Kanals zur Verbindung des Rheins mit der Ems und der Weser hingewiesen werde. Durch einen Abzug von 100 Millionen am Militäretat würde man die Mittel zu Kolonisations- und Meliorationsarbeiten in Deutschland gewinnen können, die der Auswanderung und dem Bagabundenthum ein Ende machen würden. Arbeiterkolonien zur Pflege der Orthodoxie und der Reaction, wie die in Wilhelmshafen, würden dann unmöglich sein. — Aus den Verhandlungen in der Kommission, deren Mitglied Herr Hasenclever ist, theilte derselbe mit, daß ein Regierungskommissarius sich dahin ausgesprochen, die jetzige deutsche Flotte werde, da die Nordsee flotte durch den Kanal die Möglichkeit haben werde, sich in kurzer Zeit mit der Ostseeflotte zu vereinigen, dazu ausreichen, die deutschen Ostseefläotten gegen die vereinigte dänisch-russische Flotte zu schützen. Diese Aussicht sei um so erfreulicher, da eine Aktiengesellschaft in Kopenhagen eben dabei sei, 24 große Dampfschiffe für den Transport, die mit je 12 Geschützen armirt werden können, zu bauen. Weiter berichtete der Vortragende, daß er im Einverständnisse mit den Fraktionsgenossen in der Kommission den Antrag durchzubringen versucht habe, daß die preussische Regierung, welcher die Ausführung des Kanalbaus übertragen werden soll, durch die Reichsregierung verpflichtet werden möge, dafür zu sorgen, daß die bei dem Kanalbau beschäftigten Arbeiter die in Holstein üblichen Löhne bekommen. Er hob hervor, daß, wenn der Kanalbau mit niedriger bezahlten Arbeitern ausgeführt würde, alle Arbeitslöhne dort sinken und die arbeitende Bevölkerung, die dort noch besser steht, als in anderen Gegenden Deutschlands, für Generationen schwer geschädigt werden würde. Leider habe die Kom-

missionen zu übernehmen, die Landgemeinden und Deponomen suchen solche Leute, wenn die Ernte vorüber ist, auch recht bald los zu werden, ihren Unterstüßungswohnstätt haben sie oft verloren und so bleibt ihnen keine andere Heimath — als die Landstrasse. Viel leiden die armen Reisenden, unter denen ja, wie wir schon bemerkt, manche schlechte und dceistige Elemente sind, welche besonders die Landbevölkerung belästigen, unter dem loslosen, ja rohen Ton, in welchem in vielen Lokalsblättern über sie geschrieben wird. Am meisten in Blättern, welche in christlich-konservativer Gesinnung sich sonnen, aber diesen armen Reisenden gegenüber oft eine Herzslosigkeit zeigen, welche um so verurtheilenswerther ist, als viele Leute durch derartige gedruckte Urtheile ihre Gleichgiltigkeit gegen das Schicksal oft nur unglücklicher und schuldloser Menschen gerechtfertigt finden.

Ein bedauerenswerther Unfall wird von den Shetland-Inseln gemeldet. Borigen Sonnabend früh fuhr die den Verkehr zwischen Lerwick und Sumburgh vermittelnde Schaluppe „Columbine“ mit ihrem Kapitän, zwei Bootsteuten und einer alten kranken Frau, die in Lerwick ärztlichen Rath holen wollte, der auf den vereinzelt gelegenen Inseln nur schwer zu erhalten ist, von Gruinnes-Hafen nach Lerwick ab. Unterwegs wurde der Kapitän über Bord gespült, worauf die beiden Bootsteute sofort die Segel festmachten, den Anker fallen ließen und ein Boot herunterließen, um den Kapitän zu retten, der jedoch in den hochgehenden Wellen verschwunden war. Als die beiden Bootsteute nach längerem vergeblichen Suchen nun nach der Schaluppe zurückkehren wollten, bemerkten sie zu ihrem Entsetzen, daß dieselbe mit der hilflosen alten Frau fortgetrieben war. Vergeblich strengten sich die Leute an, das in der Ferne noch kaum sichtbare Schiff wieder zu erreichen; nach mehrstündigem erschöpfendem Rudern mußten sie noch froh sein, durch die hohe Brandung glücklich das Land zu erreichen, von wo so schleunigst als möglich der Dampfer „Gipsy“ abgeandert wurde, um die verlorene Schaluppe zu suchen, der jedoch am Sonntag zurückerkehrte, ohne das Schiffchen gefunden zu haben. Darauf wurde der Dampfer „Carl of Zelland“ ausgesandt, der aber ebenfalls mit leeren Händen zurückkehrte, so daß, wenn die Schaluppe durch ein zufällig vorüberfahrendes Schiff nicht geborgen wurde, die alte Frau verloren gegeben wird. Döhnson Lebensmittel für 8 Tage an Bord waren, so war dieselbe doch so krank, um dieselben holen zu können, auch war das Wetter so kalt und stürmisch, daß man nicht glaubt, daß die alte Frau in ihrem Zustande das Unwetter in dem so mangelhaft geschützten Schiff überleben wird.



mission für den beantragten praktischen Arbeiterschutz keine Sympathie gehabt, trotzdem, daß der Regierungskommissar Herr v. Bötticher gesagt, daß ihm der Antrag „ganz sympathisch“ sei. Man habe darauf hingewiesen, daß die Arbeiter höhere Löhne würden durchsetzen können. Die Ablehnung des Antrages werde das Gute haben, die Einsicht unter den Arbeitern zu mehren, daß sie selbst ihre Rechte und Interessen zu wahren haben. Wir (die Arbeitervertreter) — schloß der Redner — sind die Alten geblieben und werden immer die Alten bleiben.“ (Vang anhaltender fürmlicher Beifallsjubel.) — In der Diskussion sprach Herr Dietrich die Besorgnis aus, daß, wenn die Kanalarbeiten durch Submission an Unternehmer vergeben werden sollten, diese aus anderen Gegenden möglichst billige Arbeitskräfte heranziehen würden, um für sich möglichst große Gewinne herauszuschlagen, und empfahl energische Agitation für den das Submissionswesen in einer für die Arbeiter günstigen Weise regelnden Arbeiterschutz-Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages. Herr Stiller theilte mit, daß er in einer Bezirksvereins-Versammlung, in welcher man es als wünschenswerth hingestellt habe, daß die im Juliusthurm liegenden 40 Millionen zur Kolonisationszwecke und zur Auffällung neuer Absatzgebiete in Afrika für unsere heimischen Industrieerzeugnisse verwendet werden möchten, darauf hingewiesen habe, daß mit den 40 Millionen viel zur Hebung der Kultur und der allgemeinen Wohlfahrt geleistet werden könnte. Herr Kunkel sprach sich dahin aus, daß die sozialdemokratische Fraktion ihre Zustimmung zu der Kanal-Vorlage von der Annahme des Hafenarbeiter-Antrages abhängig machen möchte. Herr Frigge gab dadurch, daß er die Arbeiter, insbesondere die Bauarbeiter, ermahnte, sich von den Arbeitgebern nicht das Fleisch, was sie noch auf den Knochen haben, abwaschen zu lassen, dem überwachenden Polizeibeamten Veranlassung, die Versammlung aufzulösen.

Der Fachverein sämtlicher an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter hielt am Sonntag eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung Köpnickstr. 158 ab. In derselben referierte Tischlermeister Herr Mittan über den Arbeiterschutz-Gesetzentwurf. Er würde, so begann der Redner, weit lieber über ein Arbeiterschutz-Gesetz sprechen, aber leider existirt ein solches noch nicht. Referent sprach zunächst über die Regelung der Buchhändlerarbeit, welche der Entwurf des Gesetzes verlangt. Es wäre richtig, daß die Sträflinge in den Anstalten auch beschäftigt würden, aber es dürfte dem freien Arbeiter keine schädigende Konkurrenz dadurch entstehen; die Sträflinge müßten nur für den Staat und die Kommune arbeiten, während heute Staat und Kommune die Arbeiten der Strafanstalten in Submission vergeben. Es sei traurig, daß heute durch die Konkurrenz der Buchhändlerarbeit so viele freie Arbeiter brodlos würden. Redner ging sodann zur Forderung des Maximal-Arbeitstages über. Für diejenigen, die heute schon längere Zeit arbeiten, als in dem Entwurf vorgesehen,

sei folgender Passus eingebracht: Eine längere Arbeitszeit, bleibt der freien Vereinbarung überlassen. Ferner betonte Redner die Nothwendigkeit der Sonntagsruhe. Wir schwärmen nicht für eine puritanische Sonntagsruhe, wollen aber, daß der Arbeiter wenigstens einen Tag in der Woche habe, wo er sich ganz seiner Familie und der Erholung widmen kann. Die gesetzliche Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit sei ebenfalls eine dringende Nothwendigkeit. Wenn man auch zugeben muß, daß das allein stehende Mädchen arbeiten soll und muß, so gehört doch die Mutter unbedingt in die Familie. Dieselbe dürfte nicht auch dem Manne Konkurrenz machen. Das Kind unter 14 Jahren gehöre in die Schule und auf den Spielplatz, nicht aber in die Fabrik, denn die Kinderarbeit ist so blutig, daß z. B. in der Nähfabrikation nicht einmal die Maschine damit konkurriren kann. Das Gemüth des Kindes würde in Folge der Kinderarbeit schon frühzeitig verbittert. Redner erläuterte dann des Näheren die in dem Entwurf vorgeschlagenen Arbeitsämter und Arbeitsklassen, die gewerblichen Schiedsgerichte u. Wir hätten zwar heute schon ein sogenanntes gewerbliches Schiedsgericht in Berlin, aber do. t. fungire eine einzelne Magistratsperson als Richter, die ja nicht wissen könne, wo dem Arbeiter der Schuh drückt. Das Schiedsgericht müßte zu gleichen Theilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt sein. Der beschwerdeführende Arbeiter könnte dann eher ein freies Wort sprechen, weil er weiß, sein Kollege sitzt als Richter dort. Hierauf erklärte der überwachende Beamte die Versammlung für aufgelöst. Als der Vorsitzende nach dem Grunde der Auflösung fragte, gab der Beamte den § 9 des Sozialistengesetzes an. Die nächste Versammlung findet am 21. d. Mts. in demselben Lokal statt.

Der Fachverein der Tischler hielt am Montag, den 8. Februar, eine außerordentliche Generalversammlung Neue Grünstraße 28 ab. Nach Erledigung geschäftlicher Mittheilungen seitens des Vorsitzenden Herrn Luppauer trat die Versammlung in die Berathung eines von Herrn Vogt gestellten Antrages, der verlangte, daß in allen Werkstätten, in welchen Vereinsmitglieder beschäftigt sind, Vertrauensmänner gewählt werden sollen, die in besonderen einuberufenen Versammlungen die Werkstättenverhältnisse in den verschiedenen Stadtbezirken klarlegen sollten. Nach eingehender Motivirung des Antrages seitens des Herrn Vogt wurde derselbe von den Herren Wiedemann, Streblow, Schmitz und Furchbar belämpft, da nach Meinung genannter Redner in den jetzt vom Verein abgehaltenen Bezirksversammlungen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse diskutiert werden könnten. Hauptache sei für's erste, daß die Fachkommission ihre Thätigkeit entwickle und seien zu diesem Behufe alle Unregelmäßigkeiten in den Werkstätten der Fachkommission zu melden. Jedes Vereinsmitglied müsse in dieser Hinsicht Vertrauensmann sein. Der Antrag Vogt wurde abgelehnt und es der Fachkommission überlassen, wenn sich das

Bedürfnis nach besonderen Vertrauensmännern fühlbar mache, einen diesbezüglichen Antrag einzubringen. Weiter wurde beschlossen, von jetzt ab alle Mitglieder, die drei Monate ihre Beiträge schulden, brieflich auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen. Es wurde hierauf zum zweiten Schriftführer Herr Nidel gewählt. In die Fachkommission wurde an Stelle des Herrn Schäfer Herr Schmitz gewählt. Ein Redner machte dann auf die Werkstätte des Herrn Brestle, Fähringerstr. 9, aufmerksam. Dasselbe wurden die Gesellen von dem Meister aufgefordert, Sonntags und nach Feierabend zu arbeiten; da jedoch die Gesellen dieser Aufforderung nicht entsprochen, legte ihnen der Meister eine „Berksatorordnung“ vor, die die Arbeitszeit festsetze und die vierzehntägige Kündigungsfrist aufhob. Diese „Berksatorordnung“ wurde nur von einem Herrn Brunwald unterschrieben, während die in der Werkstätte beschäftigten Fachvereinsmitglieder die Unterschrift verweigerten, worauf ihre Kündigung erfolgte. Herr Furchbar machte sodann noch darauf aufmerksam, daß in kürzester Zeit die statistischen Erhebungen mittelst Fragebogen in Angriff genommen werden sollen. Es traten in der Versammlung wieder eine größere Anzahl von Personen dem Verein als Mitglieder bei.

Öffentliche Versammlung der Tischler Berlins und Umgegend heute, Donnerstag, Abends 6 1/2 Uhr, im königlichen Kasino, Or. Frankfurterstr. 77. Tagesordnung siehe Interkal.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir machen darauf aufmerksam, daß alle für den Inseratentheil unseres Blattes bestimmten Einsendungen an die Expedition des „Berliner Volksblatt“, Zimmerstraße 44, gerichtet werden müssen, anderenfalls wir für etwaige Unregelmäßigkeiten nicht ankommen können.

J. G. Elsasserstr. Graudenz hatte bei der Volkszählung im Jahre 1880 17 321 Einwohner. Das Resultat der letzten Volkszählung ist noch nicht bekannt.

Lustige Stadtrüber. Es hat nur der verloren, welcher auf 167 Points stand.

Karl A. Langestr. Sie können im Allgemeinen nur mit 14tägiger Kündigung entlassen werden und hätten sonach Ihre Entlassung am 3. Februar d. J. erfolgt, Anspruch auf Schadenersatz für die Zeit bis zum 16. Februar inll. jedoch Ihre Krankheit derartig war, daß Sie dadurch Fortsetzung der Arbeit am 3. Februar unfähig wurden, so können Ihre Arbeitgeber vor sofortigen Entlassung berechtigt und können keinerlei Ansprüche gegen ihn erheben. Die Bestimmungen einer Ihnen nicht bekannt gemachten Fabrikordnung sind aber für Sie nicht bindend.

### Theater.

Donnerstag, den 11. Februar.  
**Opernhaus.** Der reisende Student, musikalisches Quodlibet in 2 Aufzügen von L. Schneider. Hierauf: Der Krummer und die Ricarde, Genrebild von L. Schneider.  
**Schauspielhaus.** Rabale und Liebe, Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.  
**Deutsches Theater.** Die Voreley.  
**Wallner-Theater.** Sammet und Seide, Lustspiel in 4 Akten von Adlar Blumenthal.  
**Residenz-Theater.** Denise, Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn).  
**Belle-Alliance-Theater.** Orpheus in der Unterwelt. Burleske Oper in 4 Bildern von Offenbach.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.** Der Rigeunerbaron, von Joh. Strauß.  
**Balhall-Theater.** Ramell Angot, Operette in 3 Akten von Clairville, Straudin und Koning.  
**Königsstädtisches Theater.** Abracadabra.  
**Central-Theater.** Der Stabs-Trompeter.  
**Mittoria-Theater.** Däumling.  
**Abend-Theater.** Hand und Herz, Trauerspiel in 5 Akten von F. Angenauer.  
**American-Theater.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variete.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Konfordia.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

### Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15.  
 Heute und folgende Tage:  
**Madame Potiphar.**  
 Charaktergemälde mit Gesang in 6 Bildern von G. Charles Duchow. Musik von L. Brandt.  
 Vor der Vorstellung:  
**Gr. Konzert der Hauskapelle.**  
 Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
 Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
 Bons haben Wochentags Billigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Passage 1 Treppe, 9 U. Morg. bis 10 U. Ab.  
**Kaiser-Panorama.**  
 Zum ersten Male: Das südlische Frankreich. Eine Wanderung durch Sol. land, Vertha. Reise. Karolinen. Inseln u. Eine Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf. Abonnements.

**Selbstunterricht**  
 in der einfachen und doppelten kaufmännischen  
**Buchführung**  
 und Darstellung eines neuen abgekürzten Systems zur doppelten Buchmethode von C. Schmidt, Lehrer der Handelswissenschaft.  
 Preis 1 M. 50 Pf.  
 Zu beziehen d. d. Exped. d. „Berliner Volksblatt“, Berlin, Zimmerstraße 44.

Staatlich concessionirte  
**Deutsche Kunstgewerbe-Lotterie.**  
 Ziehung in Berlin am 24., 25., 26. Februar 1886.  
 5000 Gewinne im Gesammtwerthe von  
**62,900 Mark.**  
 Loose à 1 Mark sind zu beziehen durch den General-Debit von  
**R. Schumacher, Berlin C., Königstr. 14a.**  
 Wiederverkäufer erhalten beste Bedingungen.  
 Ausstellung der Gewinne Leipzigerstr. 107, Hof part.  
 Jedes Loos berechtigt zum freien Eintritt.

Einem geehrten Publikum empfehle mein  
**Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal**  
 Reichhaltiger kalter und warmer Frühstücks- sowie Mittagstisch u. 12 bis 2 Uhr, mit Bier à Rouvert 50 Pf.  
 427 Achtungsvoll  
**Hermann Stramm, Restaurateur, Skalitzerstr. 18.**

**Vorläufige Anzeige!**  
 Den Mitgliedern des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter Berlins, sowie Freunden und Gönnern des Vereins zur Nachricht, daß der diesjährige  
**Maskenball**  
 am **Sonntag, den 6. März**, in den electric beleuchteten Räumen der  
**Philharmonie,**  
 Bernburgerstraße 22a und 23 stattfindet. Billets sind bei sämtlichen Vorstands-Mitgliedern à Person 60 Pf. zu haben.  
 554 Der Vorstand.

**Fachverein der Drechsler, Knopfarbeiter und Berufsgenossen**  
 Berlins.  
 Am **Sonntag, den 13. d. M.**  
**Groß. Wiener Maskenball**  
 in der „Arania“, Wrangel-Str. Nr. 9-10. Billets sind zu haben bei sämtlichen Mitgliedern des Vorstandes und Vergnügungskomitee's, sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen. Um zahlreichen Besuch bittet  
 677 Das Komitee.

**Öffentliche Versammlung**  
 der **Töpfer Berlins u. Umgegend**  
 am **Donnerstag, den 11. d. M., Abds. 6 1/2 Uhr,** im **Königsstädt. Kasino, Or. Frankfurterstr. 77.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Befähigung der vorgeschlagenen Delegirten zum Kongress. 2. Vorlage des Meisters- und Gesellenlohntarifs für Berlin und Umgegend. 3. Diskussion. — Um das Erscheinen aller Kollegen ersucht die Lohnkommission. J. A.: **Hermann Formann, Brigrstr. 10.** [680]

**Steinseher-Gesellschaft.**  
 Am **Freitag, den 12. d. Mts., Abends 8 Uhr,**  
**General-Versammlung**  
 sämtlicher **Steinseher-Gesellen** Berlins in **Sesfeld's Salon, Grenadierstraße Nr. 33.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Lohnfrage. Referent: Mitgeselle P. Rolte. 2. Jahresbericht über den Stand der Invaliden- und Junggesellen-Kasse. 3. Wahl der Deputirten zur Invalidenkasse. 4. Wahl von 9 Kranenbeisuchern. 5. Verschiedenes.  
 Um zahlreiche und pünktliche Erscheinen ersucht  
 678 Der Vorstand. **E. Nolte, Mitgeselle.**

**Ordentl. Generalversammlung**  
 der **Mitglieder der Franken- und Grenzbrüdervereine** (S. J. 60)  
 am **Sonntag, den 14. d. M., Vorm. 10 Uhr,** im **Kongertshaus „Sausouci“, Rottbuserstr. 4a.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Jahresbericht. 2. Wahl des gesammten Vorstandes und der Ausschussmitglieder. — Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Als Legitimation muß das Quittungsbuch am Eingang vorgezeigt werden, ohne Quittungsbuch kein Einlaß.  
 671 Der Vorstand.

**Fette Oederbrucher Gänse**  
 (noch bis Ende Februar)  
 auch ausgenommen und getheilt, Feder, Linsen und Klein, reines Gänsefleisch a Pfd. 1 M., sämtliches Bild pfundweise, feinste große Gans, fette Buten und Enten, sowie allerlei Geflügel täglich frisch, empfiehlt billigt  
**R. Sasse,**  
 Adalbertstr. 4 im Wildkeller.

Den Mitgliedern des Tischlervereins zur  
 Nachricht, daß unser Mitglied  
**Albrecht**  
 nach langem Leiden im Alter von 39 Jahren am 8. d. M. verstorben ist. — Die Beerdigung findet heute (11. Februar), Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Oranienstraße 5, aus statt.  
 Berlin, den 9. Februar 1886.  
 Um zahlreiche Theilnahme ersucht  
 676 Der Vorstand.

**Ein Zigarettengeschäft**  
 wird zu kaufen gesucht. Gest. Off. nebst Angabe des Preises unter G. P. 100 in der Expedition dieses Blattes erbeten.

Wegen Umzug nach außerhalb ist zu verkaufen:  
 1 Gasrastrmaschine (1 Pferdcr.), 3 Drehbänke, 1 Bohrmaschine, 1 Bret, 1 brauner Balken, alles gut erhalten, bei Matern, Pallisadenstr. 22.

Ein Stand guter Betten, neu, 22 M., 1 verl. Reichenbergerstr. 183, im Rittengeschäft.

Eine gut erhaltene **W.-W.-Nähmaschine** ist billig u. verl. Brunnenstr. 54a IV. Schumann.

**Ball- und Gesellschaftsächer** von den billigsten bis zu den elegantesten, Gesichtsmasken in der größten Auswahl von an. Lager von **Hinterzien** als: Brochen, Obtringe, Kolliers, Armbänder, Haarpfelle, **Ahrketten** f. Damen und Herren in Silber, R. Edel und Talmi unter Garantie. Billen u. Preise-ns in allen Nummern vorräthig.  
 25 Pf. an empfiehlt das Schreib- und Waren-Geschäft von

**Alb. Schwarzer**  
 Skalitzerstraße 137,  
 Ecke Rottbuser-Platz

**Masken-Garderoben**  
 in großer Auswahl. Vereine Preidermäßen.  
 602] **A. Silgener, Prinzeßinnenstr.**

**Arbeitsmarkt**  
 Einen Tischlergesellen auf Rohrlehnstuhl, verl. Blumenthalstr. 23 in Friedrichsberg.

Zwei **Borbmachergesellen** sind dauernd Beschäft. auf gr. edlg. bei **G. Leichert**.

**Posamentiergehilfen**  
 (gute Näharbeiter) finden dauernde Arbeit bei  
 683 **F. Siemering, Brandenburg.**

Da ich **Montag die frühere Berle'sche Fabrik aufmache**, so können sich tüchtige **Zusammensetzer, Bodenmacher, Frontenmacher, Umleimer, Kastenmacher**, bei mir melden **Alexandrinenstr. 8.**  
**F. Hubitsch.**  
 678  
 Schürzen-Arbeiterinnen in und um dem Hause verl. **W. Meyer, Adestr. 131.**

**Perl-Mocca-Kaffee, pr. Pfd. 55 Pf., derselbe gebrannt pr. Pfd. 70 Pf.**  
**Kaffee-Lagerei O. E. Arndt & Co., 104 Köpnickstraße 104, Ecke der Neanderstraße.**



## Die Arbeiterwohnungsfrage.

Max Schippel.

In Deutschland regen sich neuerdings wieder lebhaftere Bestrebungen, welche durch Errichtung von gesunden und billigen kleinen Wohnungen die Lage der arbeitenden Klasse wesentlich verbessern wollen. Es ist bekannt, daß zu Ende der vierziger und zu Anfang der fünfziger Jahre, dann wieder in der Gründerzeit vielfach ähnliche Gedanken in gemeinnützigen Vereinen, in kommunalen Vertretungen auftraten, ohne freilich zu besonderen Ergebnissen zu führen. Jetzt sind es wiederum Vereine, Gesellschaften (u. a. der Herr v. Bodell-Schwingh, der Gründer der Arbeiterkolonien), einzelne Zeitungen, welche weitere Kreise auf die Frage hinwirken versuchen, und man wird natürlich abwarten müssen, inwieweit der Erfolg diesmal ein größerer und nachhaltiger sein wird. Soviel darf man aber schon heute mit Zuversicht behaupten, daß für die große Masse auf dem betretenen Wege nichts zu erreichen sein wird als Enttäuschung über Enttäuschung.

Welch eine Unkenntnis der ökonomischen Lage der untersten Schichten der Bevölkerung gehört z. B. dazu, hier eine irgend ausgeübte Tätigkeit der Bau-Genossenschaften zu erwarten, ferner aller derjenigen Institute, welche die Arbeiter zu kleinen Hauseigenen machen wollen! Es wird gewiß möglich sein, kleine Wohnungen billiger zu bauen, als es durch die private Spekulation heute geschieht. Aber einmal ist die Frage, ob alsdann — wenigstens in den beständig „überfüllten“ Großstädten — die Grundrente nicht verschlingen wird, was an Baukosten zu sparen ist. Ferner aber kann der Arbeiter, welcher bisher die Miete einer halbwegs anständigen Wohnung nicht zu erschwingen vermochte, später jedenfalls, auch bei niedrigerem Mietpreis, neben der Miete nicht noch die Kosten zur Abzahlung des Kapitals, welches der Wohnung oder des Hauses aufbringen. In England hat man diese Erfahrung längst gemacht, wenn man sich auch oft genug verschweigt, und selbst ein so wohlwollender Beurtheiler der building societies, wie es Plener ist, geht zu, daß eigentlich nur kleinere Kapitalisten mit Hilfe dieser Genossenschaften in den Besitz von Häusern gelangen.

Endlich ist nichts falscher und schädlicher, als gewisse Kleinbürgerliche Ideale in die Arbeiterwelt hineintragen zu wollen. Für den kleinen Beamten, Handwerker, Kaufmann Gelehrten, mag es ein unschätzbare Vortheil sein, aus der Miethswirtschaft herauszukommen und eigener Herr im eignen Hause zu werden. Für den Arbeiter jedoch, den von jeder Aenderbarkeit der Konjunktur hin und her geworfenen, ist der Besitz eines eigenen Hauses nur ein Hinderniß der freien Bewegung, die ihm zum Leben nöthig ist. Wenn er heute in diesem, morgen in jenem Viertel einer Pflanzstadt arbeitet, soll er, in seinen Kräften erschöpft, sich immer wieder zu derselben Wohnung zurückziehen, was sie auch noch so entfernt liegen? Was wird aus seinem Besitz, wenn eine Krisis seine Beschäftigung am alten Ort und in der alten Industrie ganz lähmt, wenn die Auswanderung in die Provinz, in eine andere Stadt seine letzte Zuflucht vor drohender Verarmung kann im allgemeinen dem Wechsel seiner Miether mit großer Mühe zusehen; verliert er den einen Miether, so gewinnt er einen andern, und im Nothfall kann er auf bessere Zeiten warten. Der Arbeiter aber kann niemals warten, er hat auch keine Verbindungen mit Kaufleuten und wird

daher vielfach gezwungen sein, sein Haus oder seinen Hausantheil zu einem Schleiherpreis loszuschlagen — wenn er es nicht vorzieht, Eigenthümer zu bleiben und eine günstige Arbeitsgelegenheit sich entgehen zu lassen. Man sieht, für das heutige unglückliche Arbeiterleben ist die Miethswohnung noch immer die beste Form der Wohnung.

Dies wird bereits auf vielen Seiten zugestanden, und man verlangt daher neuerdings mehrfach, daß Kapitalvereinigungen sich dem Bau von Arbeiterwohnungen widmen, sich aber, um die Miete niedrig zu halten, mit einem mäßigen Zinsfuß begnügen sollen. Man vergißt dabei, daß wohl dieser oder jener einzelne Kapitalist zu dieser Entfaltung auf den möglichen höchsten Gewinn fähig ist, niemals aber das Kapital, daß also das vorgeschlagene Mittel wohl in einzelnen Fällen, niemals aber der Allgemeinheit des Uebels gegenüber von Erfolg sein kann.

Man verweist zur Widerlegung dieses Einwandes gern auf England, „das klassische Land der Wohnungsfrage“, von dessen Wohlfahrtsvereinigungen überhaupt die sonderbarsten Vorstellungen auf dem Kontinent bestehen. Aber gerade in England haben die „gemeinnützigen Baugesellschaften“ trotz aller Bemühungen bis jetzt so gut wie nichts für die niederen, also gerade für die bedürftigsten Arbeiter erreicht. Es zeigt sich hier von neuem, was bei Sparlassen, bei Versicherungsanstalten und ähnlichen Versuchen beständig wiederkehrt: die Wohlthaten ähnlicher Institute fließen theils Kreisen zu, die mit der Arbeiterwelt überhaupt nichts zu thun haben, theils besser gestellten Arbeitern, die der Wohlthaten noch am wenigsten bedürftig sind.

Ruprecht führt in seiner Schrift über „Die Wohnungen der arbeitenden Klassen“ (Göttingen 1884) eine Reihe gemeinnütziger Londoner Baugesellschaften an. Davon hat nur die Victoria Dwellings Association, welche unter dem Patronat der Königin steht, ihre Wohnungen ausbrüchlich für ungelernete Arbeiter (labourers) bestimmt. Da sie aber natürlich nichts zu verschenten hat, so ist die Folge, daß ihre, wahrscheinlich sehr netten und freundlichen Gemächte zu einem guten Theile leer stehen; die ungelerneten Arbeiter müssen sich den Aufwand versagen. Die Gebäude der anderen Gesellschaften sind vollständig besetzt, aber durchaus nicht von der schlechtest gelohnten Schicht der Bevölkerung. Die alte und bedeutende Gatliff-Gesellschaft (Metropolitan Association for Improving the Dwellings of the Industrial Classes), welche ca. 6000 Personen Unterkunft gewährt, hat nach Ruprecht, „nicht in ausgedehntem Maße für die armen oder gar die ärmsten Arbeiter gesorgt, wie das der Kommission (von 1881) eingehändigte Verzeichniß der Berufe der Miether und der Mietpreise, welche sie zahlen, beweisen. Nur eine verschwindend kleine Anzahl zahlt 2,50 bis 3,50 Mark die Woche, die Mehrzahl erheblich mehr.“ Die Waterlow (Improved Industrial Dwellings) Kompany hat eine Reihe großer Häuser errichtet, welche im Jahre 1881 von 3146 Familien, also etwa 15 000 Personen bewohnt wurden. Wie der Sekretär der Gesellschaft selbst sagt, gehören ihre Miether jedoch nicht zu den ärmsten und ärmeren Klassen, welche weniger als 20 M. die Woche verdienen.“ Eine vierte Gesellschaft (Artisans, Labourers a General Dwellings Company) schließt durch die Art ihrer Bauten und ihrer Mietpreise, deren Minimum 6 M. pro Woche beträgt, von vornherein jeden Durchschnittsarbeiter aus. Ruprecht schließt seine Schilderungen zusammenfassend: „Die Thätigkeit aller dieser Gesellschaften darzustellen, würde zu weit führen. Nur eines ist zu konstatiren, daß

keine dieser Gesellschaften bisher in ausgedehntem Maße Wohnungen für die ärmsten Klassen beschafft hat.“

Für die vielgerühmte Peabody-Stiftung ist dies erst kürzlich vor der zur Untersuchung der Wohnungsfrage eingesetzten königlichen Kommission bewiesen worden. \*) „Die Zeugenaussagen, welche über diesen Punkt gegeben wurden, verstärken die Meinung, daß derartige Bauten die Klasse nicht erreichen, welche am bedürftigsten ist. Lord Shaftesbury gab seine Meinung dahin kund, daß die „Arbeiterwohnungsbauten“ derjenigen Schicht keine Erleichterung verschafft haben, auf welche ihre Wohlthaten berechnet waren. Daß sie von einer besseren Klasse besetzt sind, als die alten, niedergerissenen Häuser, daß sie den Ansprüchen der ganz Armen nicht entsprechen, daß die Miethen zu hoch sind, daß Leute mit großer Familie, ferner Angehörige gewisser Berufe, wie die Hölzer, nicht zugelassen werden, das sind nur einige wenige der über sie erhobenen Klagen.“ Freilich darf das Einkommen eines Peabodymiethers 80 M. pro Woche nicht überschreiten, und manches Familienhaupt verdient weniger als 20 M. Bei diesen Aufstellungen des Peabodybeamten ist aber das Einkommen der Frau und anderer Familienglieder außer Rechnung gelassen, da der niedrigste Preis für ein Zimmer pro Woche über 2 Mark beträgt, Leute von 12—14 Mark Wochenlohn demnach offenbar nicht mehr als ein Zimmer würden mieten können; da eine Familie mit Kindern aber zuviel für ein Zimmer ist und die Peabodystiftung keine „Ueberfüllung“ duldet, — so geht hieraus recht deutlich hervor, wie wenig den eigentlich Nothleidenden auch hier geholfen ist.

In der That, was in England bisher erreicht worden ist, erscheint trotz aller Rühmens kläglich im Verhältniß zur Größe des Nothstandes. Wollte man die sanitären Gesetze, vor allem die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Ueberfüllung wirklich durchführen, so würde man für etwa 250 000 Menschen allein in London neue Unterkünfte schaffen müssen. Daß der Bedarf geringer sei, hat noch Niemand zu behaupten gewagt“ (Ruprecht). Nun betrug aber Ende 1883 nach Octavia Hill, der bekannten Menschenfreundin, die Zahl aller seit dem Stiftungsjahre der gemeinnützigen Baugesellschaften und Stiftungen (1841) mit Wohnungen versorgten Personen ca. 60 000. Wie viel mögen davon nach dem oben Gesagten Arbeiter, wie viel hiervon wiederum Arbeiter der bedürftigsten Klasse sein? Und was nützt die Unterbringung von 60 000 Menschen binnen 40 Jahren in einer Stadt, welche in jedem Jahre etwa um 50 000 Einwohner zunimmt?

Man erwarte also von isolirten Reformen, wie die des Wohnungswesens, nicht viel für die Hebung des Arbeiterstandes. Das Problem, gute, menschenwürdige Wohnungen zu schaffen, deren Billigkeit der Niedrigkeit des durchschnittlichen Arbeitslohnes entspricht, wird auch durch den edelherzigsten und erfolgreichsten Appell an die Menschenliebe nicht gelöst werden — nicht, weil die Wohnungen nicht billiger herzustellen sind, sondern weil das Einkommen der Arbeiter zu niedrig ist. So mündet auch die Wohnungsfrage aus in das große Problem unserer Zeit: wie die allgemeine ökonomische Lage der arbeitenden Klasse zu bessern sei.

\*) Report 1885, pag. 54—55.

## Das Elend.

Pariser Sittenbild von Emile Zola. Deutsch von A. Godin. Basler Nachrichten.

Der Januar war hart. Weder Arbeit noch Brot, kein Feuer im Hause. Morisseaus sind fast umgelommen vor bitterer Noth. Die Frau ist Wäscherin, der Mann Maurer. Sie wohnen im Bezirk Batignolles, in einem dunklen Hause der Straße Rabinet, das Gift für den ganzen Umkreis ist. Der Regen bringt durch die zerissene Decke ihrer elenden Dachkammer. Dennoch würden sie sich über nichts beklagen, brauchte ihr kleiner Karol, ein zehnjähriger Junge, nicht so nöthig bessere Kost, um zu einem Manne aufzuwachsen zu können.

Das Kind ist schwächlich, jede Kleinigkeit wirft es um. Geht es in die Schule und strengt sich an, um alles auf einmal zu lernen, so kommt es krank nach Hause. Uebrigens sehr intelligent, ein zu nettes Bürschchen, das Gespräche führen konnte, die weit über sein Alter waren.

An den Tagen, wo seine Eltern ihm nichts zu essen geben können, heulen sie wie die Thiere. Um so mehr, da in diesem Hause die Kinder hinfierben wie Fliegen; es ist so ungesund.

Das Eis auf den Straßen wird losgehauen. Der Vater hat sogar Verdienst gefunden; er macht mit einer Gade die Gassen frei und bringt Abends vierzig Sous nach Hause. Bis die Bauten aufgenommen werden, ist das immer etwas gegen das Verhungern.

Als der Mann aber eines Abends heim kommt, findet er Karol zu Bette, die Mutter weiß nicht, was ihm fehlt. Sie hatte ihn nach Courcelles, zur Tante geschickt, um anzufragen, ob sich nicht unter ihrem Trüdelkram eine Jacke fände, wärmer als sein Leinwandstück, in dem er vor Frost zitterte. Die Tante hatte aber nur alte Männerpaleots, die ihm viel zu groß waren, und der Kleine ist über und über schauernd zurückgekommen, wie berauscht, als hätte er getrunken. Jetzt liegt er mit rothem Kopf auf dem Rissen, schwagt Unsinne, meint Ball zu spielen und singt.

Die Mutter hat einen Tuchsegen vor das Fenster gehängt, um eine zerbrochene Scheibe zuzustopfen; aber demselben sind

nur zwei Scheiben frei geblieben, durch welche das fahle Grau des Himmels hereindämmert. Das Elend hat die Kommode ausgeleert, alles Weißzeug ist im Leihhause. Um Brot zu beschaffen, wurden eines Abends der Tisch und zwei Stühle verkauft. Karol pflegte auf dem Fußboden zu schlafen; seit er krank ist, hat man ihm das Bett überlassen, wo er schlecht genug liegt, denn eine Hand voll Wolle nach der andern ist aus der Matratze zu einer Tröblerin gewandert, welche zehn Sous für das Pfund Wolle zahlt. Jetzt schlafen Vater und Mutter in einem Winkel auf dem Strohsack, den Hunde verschmähen würden.

Beide schauen aber Karol an, der in seinem Bette aufschneilt. Was hat doch der arme Schelm, daß er sich so herumwirft? Vielleicht ist er von einem Thiere gebissen worden oder Jemand hat ihm etwas schädliches zu trinken gegeben. Eine Nachbarin, Frau Bonnet, ist gekommen, hat den Kleinen beschnüffelt und erklärt, es sei das kalte Fieber. Sie kennt sich darin aus, denn ihr Mann ist an dieser Krankheit gestorben. Die Mutter weint und schließt ihren Karol in die Arme. Der Vater stürzt hinaus wie ein Berrückter und läuft nach einem Arzt. Er bringt auch einen mit, einen langen mit verlauffenem Gesicht, der den Rücken des Kindes behorcht, ihm auf die Brust klopf und kein Wort spricht. Dann muß Frau Bonnet aus ihrer Stube einen Bleistift und Papier herüberholen, damit er sein Rezept schreiben kann. Als er fortgeht, stumm wie bisher, stürzt ihm die Mutter in ihrer Angst nach und fragt mit erstickter Stimme:

„Was fehlt ihm?“  
„Erkältungsfieber“, antwortet er in knappem Ton, ohne etwas beizufügen als die Frage: „Sind Sie bei der Armenkommission eingeschrieben?“

„Nein, Herr Doktor. Letzten Sommer waren wir noch gut daran. Der Winter hat uns umgebracht.“

„Um so schlimmer! Um so schlimmer!“

Und er geht mit dem Versprechen, wiederkommen. Frau Bonnet borgt zwanzig Sous für die Apotheke. Für die 40 Sous Morisseaus werden Suppe, ein Licht und Steinkohlen eingekauft. Die erste Nacht verläuft gut. Es wurde geheizt; der Kranke hat aufgehört zu schwachen, als schlieferte ihn die starke Hitze des Zimmers ein. Seine kleinen Hände glühen. Die Eltern beruhigen sich, als sie ihn so vom Fieber vernichtet sehen. Am nächsten Morgen sehen sie ahnungslos da, abermals

von eisalter Angst ergriffen; denn der Arzt schüttelt mit dem Kopfe und blickt mit der Miene eines Menschen auf das Bett, der keine Hoffnung mehr zu geben hat.

Während der nächsten fünf Tage ändert sich nichts. Karol schläft, den Kopf tief in das Kissen gebrückt. Das Elend schlaucht stärker durch die Kammer, es scheint zugleich mit dem Winde durch die Spalten des Daches und der Fenster einzubringen. Am zweiten Abend wurde das letzte Hemde der Mutter verkauft; am dritten mußten wieder einige Handvoll Wolle unter dem Kranken hervorgezogen werden, um Arznei holen zu können. Dann hat es an Allem gefehlt, es war durchaus nichts mehr vorhanden.

Morisseau hadt noch immer Eis auf; seine vierzig Sous reichen nicht aus. Da Fortdauer dieser strengen Kälte seinen Karol tödten kann, wünscht er Thauwetter herbei und fürchtet es zugleich. Geht er zur Arbeit, so ist es ihm lieb, die Straßen noch weiß zu sehen, dann denkt er an den Kleinen, der dort oben im Todestampfe liegt, und sehnt sich glühend nach einem Sonnenstrahle, einem Frühlingshauch, den Schnee zu schmelzen. Wären sie wenigstens bei der Armenkommission eingeschrieben, dann hätte man den Arzt und die Medizinen umsonst. Die Mutter war auf der Bürgermeisterei, man gab ihr zur Antwort, es kämen zu viele Anforderungen, sie müßte warten. Doch bekam sie einige Broddillets; eine wohlthätige Dame schenkte ihr einen Thaler. Nachher fing das Elend wieder an.

Am fünften Tage bringt Morisseau sein letztes Bierzigsousstück nach Hause; das Thauwetter ist da, man hat ihn abgedankt. Nun ist es aus. Der Ofen bleibt kalt, es fehlt an Brod, die Rezepte werden nicht mehr in die Apotheke gebracht. Vater und Mutter klappern vor Frost in dem schwarzen, von steter Feuchtigkeit unlauberen Zimmer; der Kleine röchelt. Frau Bonnet kommt nicht mehr, weil sie gefühlvoll ist und es ihr zu weh thut; Jeder im Hause beeilt sich, an dieser Thüre vorbeizukommen. Zuweilen bricht die Mutter in Thränen aus, wirft sich über das Bett, küßt das Kind, als hoffte sie, ihm zu helfen, es zu heilen. Der Vater steht wie blödsinnig stundenlang am Fenster, hebt das alte Tuch auf und sieht zu, wie das Eis aufthaut, wie das Wasser in schweren Tropfen von den Dächern fällt und die Straße schwärzt. Vielleicht ist das gut für Karol.



# Politische Uebersicht.

Der Straßenwau in London fällt mehr oder weniger die Spalten aller Zeitungen. Wie auf Kommando wird von einer sozialistischen Pöbelbande getrocen, welche den Unfug und Raub angeht hat. Und der Schlusssatz lautet wie gewöhnlich: — man kennt ihn nachgerade schon auswendig — Sozialdemokraten. — Noch vor wenigen Tagen wukten dieselben Zeitungen, welche heute am lautesten schreien, zu erzählen, daß in England die Sozialdemokratie nur eine kaum nennenswerthe Anzahl von Anhängern habe und daß das englische Volk ihren Lehren nicht zugänglich sei. Doch solche kleine Widersprüche geniren die Leuten bekanntlich nicht. — Inzwischen hat sich nun natürlich bereits herausgestellt, daß die Sozialdemokraten mit der ganzen Sache so gut wie nichts zu thun hatten; die „Arbeiter“, auf welche das offizielle Telegramm so große Betonung legte, sind dem Spektakel vollständig fern geblieben. Es war lediglich der süße Pöbel, der die Juwellerläden erbrach, derselbe Abschaum, welcher bei bekannten großen Festen für einige Gläser „Freibier“ Wohlkannschreibt und bei gewissen feierlichen Gelegenheiten neben der Polizei die Straßen bevölkert. Nach einem der „Voss. Ztg.“ ausgegangenen Telegramm war die Kundgebung aus dem Trafalgar Place von Londoner Arbeiterverbänden organisiert und verlief ohne Störung. In dieser Kundgebung hatten sich aber auch die oben gekennzeichneten Elemente eingefunden, welche während die Arbeiter ruhig ihres Weges gingen, sich zu dem Unfug und zur Plünderung vereinigten. Aber was ihut's? Die moralisch verkommene Presse, deren Bedientenstellen um nichts besser sind, als der süße Pöbel Londons, hat wieder einmal Wasser auf die Mühle und so sehen wir sie denn weitern, den Vorfall im Interesse ihrer Dienstherren auszuschlachten. Allen voran marschirt natürlich das Organ der hiesigen Pöfenjobber, der „Berl. Börsen Courter“, obwohl auch das amtliche Blatt des Herrn Hofe sich nach Möglichkeit bemüht, seine Unwissenheit und Erdärmlichkeit zu dokumentiren. Es läßt sich unschwer beurtheilen, welches Treiben gemeingefährlicher ist, jenes der englischen roushs oder dieses der obigen Blätter. Vor den gewaltigen Tausendern kann sich die Gesellschaft schon schlagen, schwer aber vor den viel schlimmeren, den moralischen, welche nicht nur die Taschen ihrer Opfer leeren, sondern obenin die letzteren noch allmählig geistig zu Grunde richten.

## Großbritannien.

Am Dienstag Abend sammelten sich nach einem Telegramm wiederum mehrere hundert Personen auf dem Trafalgar Square. Die Fensterläden der dort befindlichen Läden waren in Folge Warnung der Polizei geschlossen und der Platz wurde von der Polizei gefäubert. Einige der Redner vom Montag, unter ihnen Burns, Champion, Lyndon und Williams wünschten eine Unterredung mit dem Minister Chamberlain; um Abhilfe des Nothstandes der Arbeitslosen zu verlangen; Chamberlain weigerte sich jedoch sie zu empfangen und erklärte, er erkenne sie nicht als Vertreter der Arbeitslosen an. Dem „Daily Telegraph“ zufolge beabsichtigt die englische Regierung, die Anarchisten, welche am Montag auf Trafalgar Square und im Hyde Park aufrührerische Reden hielten, in Anklagestand versetzen zu lassen.

Die Minister Chamberlain, Da court und Childers sind gestern unbeanstandet wiedergewählt. Der Minister Morley hielt am Montag in Newcastle eine Wahlrede, in welcher er sich entschieden gegen Zwangsmoßregeln in Irland erklärte, die unsehbar zum Bürgerkrieg führen müßten.

## Parlamentsberichte.

### Deutscher Reichstag.

43. Sitzung vom 10. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Boetticher, von Burchard, Lucius, von Bronsart und Kommissarius.

Die Verhandlungen über den Antrag von Quene, v. Kardorff und Gen., „die verbündeten Regierungen zu ersuchen, der Währungsfrage erneut die eingehendste Prüfung zu Theil werden zu lassen und dem Reichstage von dem Resultat dieser Prüfung Mittheilung zu machen“, wird fortgesetzt.

Herr v. Schall sch führt in fast juristischem Vortrag wesentlich folgendes aus: Nach der Rede Boermanns müßte man glauben, daß Hamburgs Bedeutung erst seit der Goldwährung datire. Er hält die Fixirung des Werthverhältnisses zwischen Gold und Silber für unmöglich; weß er denn nicht, daß der lateinische Währungsbund, der eine solche Fixirung durchgeführt, die größten Wandlungen in den Produktionsverhältnissen von Gold und Silber überdauert hat? Er meinte, der

Handel leide ebenso wie die Landwirtschaft; aber der Handel kann sich den verschiedenen Werthverhältnissen viel leichter anpassen, als die produktiven Gewerksweige, für ihn ist die Währungsfrage von viel geringerer Bedeutung, als für die Landwirtschaft. Boermann wies darauf hin, daß der große Verkehr sich nicht ausgleiche in Geld, sondern in Papier. Aber die Form der Abrechnung ist gleichgültig; auf den Werthmesser kommt es an, der an die Waaren gelegt wird. Die Goldwährung aber ist der längere und daher für die Produktion unangünstigere Maßstab. Wir verlieren beim Import von und beim Export nach den Silberländern Afriens jedesmal die volle Differenz der beiden Währungen, wobei der Export der Silberländer, speziell Indiens, auch noch aus anderen Ursachen wächst, in Folge neuer Eisenbahnen und Dampfschiffen. Mit Bestriedigung erfüllt es ihn, daß in Deutschland 1885 für eben 1000 Millionen Mark neue Kapitalanlagen stattgefunden haben. Das klingt sehr schön, nur hat sich gleichzeitig eine sehr bedenkliche Verschiebung des Bestandes vollzogen. Die Herren, die nur immer das Wort „national“ im Munde führen, sehen vielleicht nur darauf, daß jetzt eine Milliarde Kapital mehr in Deutschland vorhanden ist, und fragen nicht, in wessen Tasche es geflossen und woher es gekommen ist. Die Parteien aber, die nicht gewöhnt sind Alles einfach gut zu heißen, was die Regierung ihnen vorführt, also z. B. meine politischen Freunde, oder die Welsen, oder — gestatten Sie mir den Ausdruck — die Welsen (Geiterleit), die meinen doch, daß jene Verschiebung des Bestandes für die zahlreichen Personen sehr bedenklich gewesen ist, deren Tasche eine Expropriation erfahren hat, nicht auf Grund des Enteignungsgesetzes, sondern der Goldwährung. Die Folgen dieser Verschiebung zeigt die stetige rapide Zunahme des Proletariats, und diese Vermehrung der Nichtsteuerzahler ist dem Finanzminister die Ursache großer Beunruhigung! (Sehr gut! im Centrum.) Er betrachtet die Silberemwerthung und den Uebergang zur Goldwährung als zwei Weiltatsachen, die sich ohne unter Zuthun vollzogen haben und noch vollziehen. Die erstere ist aber wesentlich durch unseren Uebergang zur Goldwährung mitverschuldet und diese selbst wird und kann niemals allgemein anerkannt werden, schon deshalb nicht, weil das dazu nöthige Gold gar nicht vorhanden ist. Welche Verwerthung! Als ob nicht gerade umgekehrt die Silberentwerthung erst durch die Einführung der Goldwährung bei uns entstanden wäre! Ich mache es ja der Regierung nicht zum Vorwurf, wenn sie damals einem allgemein verbreiteten Irrthum unterlegen ist; aber zum Ruhm kann ich das doch nicht anrechnen, wie Herr v. Scholz es verlangt. Zum Ruhm würde es ihr vielmehr nur gereichen, wenn sie uns endlich die verhängnisvolle Goldwährung wieder abnehmen wollte. Redner bespricht sodann die üblen Folgen, welche in Folge der Silberentwerthung in unseren Verkehrsverhältnissen eingetreten seien. Die Thaler könne man nur noch durch einen Zwangslaus als Zahlungsmittel neben dem Golde erhalten, in dieser künstlichen Werthsteigerung des Thalers aber liege ein Sporn zur Nachprägung; und in der That liegen zwei Berliner Banquiers in der Schweiz Silberthaler prägen und machten damit ihr gutes Geschäft. (Hört, hört!) Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen. (Unruhe.) Die Schwankungen im Werthverhältniß von Gold zu Silber, die mit Reereszogen zu vergleichen sind, haben ebensolche Schwankungen in den Waarenpreisen zur Folge. Dabei ist aber unser gesamtes Nationalvermögen, eben weil wir die Goldwährung haben, zurückgegangen. Die Behauptung, daß durch die Goldwährung die Kaufkraft des Beamtenstandes erhöht sei, ist ebenfalls ein Irrthum. Wie stehen damit die fortwährenden Anträge auf Aufbesserung der Gehälter im Einklang? Und wenn wirklich jene Behauptung richtig wäre, sollten wir dann etwa lediglich der Beamten wegen die Goldwährung behalten, während die ganze übrige Bevölkerung unter ihr leidet und leidet? Ich zweifle nicht, daß der Erfolg der von uns beantragten Untersuchung meine Ansichten nur bestätigen wird. (Beifall im Centrum.)

Kommissarius Geh. Rath Schraut: Meine Herren! Der Herr Vorredner hat in seine Ausführungen zwei Bemerkungen eingefügt, welche von dieser Stelle aus nicht unwidersprochen bleiben können, weil sie geeignet sind, die Zuverlässigkeit unseres Münzumsaßes in Zweifel zu stellen. Ich habe bereits im vorigen Jahre bei dem gleichen Anlasse die Bitte ausgesprochen, es möchte trotz der vollen Freiheit der Diskussion der Fehler einer allzu pessimistischen Färbung unseres thatsächlichen Münzumsaßes vermieden werden. (Sehr richtig!) Wenn der Herr Vorredner in dieser Beziehung bemerkte, daß wir zur Zeit nur höchstens zwei Milliarden Baargeld hätten, wozon die Hälfte aus unterwerthigem Silber, die andere Hälfte aus Gold bestände, so ist dies nicht zutreffend. Es sind ausgeprägt worden annähernd an 2 Milliarden Mark Gold, wozon nach den Schätzungen bimetallicher Schriftsteller zur Zeit jedenfalls noch 1700

Millionen Mark Gold im Umlauf sind. (Beifall im Centrum.) Andere Schätzungen gehen höher — ich halte mich in dieser Beziehung an den bedeutendsten bimetallichschen Schriftsteller Ottomar Haupt. Auch im Jahre 1885 ist uns Gold reichlich zugeflossen, indem die Reichsbank in der That den Betrag von 126 Millionen Mark Gold angulanten. Die Bemerkung, daß der Silberumsaß eine Milliarde betrage, ist auch etwas übertrieben, er beträgt ungefähr 900 Millionen Mark. Darauf ist jedoch kein besonderer Werth zu legen. Der Herr Vorredner sagte ferner, soweit ich verstanden habe: zwei Berliner Banquiers liegen in der Schweiz für ihre Rechnung Thaler ausprägen, welche sie sodann nach Deutschland einführen und dort in Verkehr setzen, um aus der Höhenwerthung der Thaler in Deutschland gegenüber ihrem wirklichen Silberwerthe für sich einen verbrechlichen Gewinn zu ziehen. Die Regierung hat der Frage, ob unsere Silbermünzen nachgeprägt werden, unausgesetzt ihre volle Aufmerksamkeit zu Theil werden lassen, es liegen indessen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß solche als Münzortbrechen zu charakterisirende Nachprägungen stattfinden. Bis zur Angabe des näheren Beweismaterials muß ich in Folge dessen diese Thatsache direkt bestreiten, und ich glaube, daß der Herr Vorredner wohl Angesichts der schweren Schädigung, welche für unseren Münzumsaß aus solchen Nachprägungen erwachsen könnte, die Verpflichtung fühlen wird, der Regierung das Material, welches er in dieser Angelegenheit hat (große Veltleit), zur Verfügung zu stellen. (Sehr gut! Beifall.)

Herr v. Scholz: Ich freue mich, daß die Bimetallichschen mit diesem Antrage zum ersten Male einen praktischen Boden betreten. Bisher haben sie in ihren unglücklichen Schriften lediglich mit Problemen und Prophezeiungen abgeplaudert. Meine wirtschaftlichen Freunde haben es mir verdonnert, daß ich mich auf die Seite der Goldwährung gestellt habe. Ich könnte ich eine Sache für gut halten, welche von Mandchowsmännern, Deuten wie Hamburger und Delors, ausgegangen sei? Es hat mir oft leid gethan, daß in diesem Hause immer Hr. Hamburger die Sache der Goldwährungspartei im Allgemeinen vertrete. Ich habe deshalb das Wort genommen, um den Schein vor dem Lande zu beseitigen, als ob nur der Abg. Hamburger ein Wort für die Goldwährung einzubringen hat. Die Prophezeiungen der Bimetallichschen sind nämlich in Erfüllung gegangen; der Silberwerth hat sich nicht gesunken, die Reichsbank hat nicht durch die sieben der Diskontschraube das nöthige Gold zur Deckung ihrer Noten heranziehen müssen, der Diskont ist von 4 1/2 pCt. gesunken. Es befinden sich 5 Millionen Mark Gold mehr in der Bank, als Noten zirkuliren. Ueberall hat die Zinsreduktion stattgefunden, Kommunal- und Staatsrenten werden konvertirt, die Steuern ermäßigt. (Widerspruch.) Im Jahre 1881 ist der Preis des Silbers nur um 7 pCt., der des Weizens um 25 pCt., der des Roggens um 29 pCt., der des Kupfers um 24 pCt., der der Heringe um 22 pCt. gefallen. Auch solche Waaren sind im Preise gefallen, welche aus Silberländern garnicht zu uns kommen, sondern in den Goldländern ganz allein produziert werden. Die Reichsbank die sich vor unseren Augen vollzieht, ist lediglich das Ergebnis der maschinellen Entwicklung unseres Jahrhunderts, des Fortschritts, der die Naturkräfte und die menschlichen Kräfte in den verschiedenen Ländern auf einmal alles Elend verschuldet haben. Als wenn die Weizenkonkurrenz Amerikas, Australiens und Russlands auf dem Weltmarkt nichts bedeuten würde! Die indische Weizenexport nach England beträgt 1 1/2 pCt. der europäischen Weizenproduktion. Von den Goldländern ist der Weizenimport stärker, als aus Indien, und seiner Silberwährung und seinen Slavenlöhnen. Die Wirkung der Valuta auf den Import und Export ist zu bestreiten. Die sinkende Valuta hebt den Export und mindert den Import. Hier ist das einzige Mittel für verschuldeten Staaten, sich wieder herauszuwickeln. Aber es geschieht dem Blut der Arbeiter. Ich bestreite aber, daß die Verhältnisse Oesterreichs und Russlands durch das Sinken des Silbers bei uns hervorgerufen sind. Der Silberwerth in Russland gilt nur 2 R. So lange es den Bimetallichschen nicht gelingt, einen russischen Finanzminister aus ihrer Mitte zu bringen, einen russischen Finanzminister aus ihrer Mitte zu bringen, der Russland und Oesterreich durch Einführung der Goldwährung auf die Beine helfen kann, können diese Verhältnisse nicht besser werden, sondern eine Verschlechterung ihrer Verhältnisse erwarten. Der gesamte Weltmarkt basirt auf der Goldwährung. Das mag man beklagen, aber es ist aus der Welt zu bringen. Wie würden den ganzen Weltmarkt Deutschlands auf Außerste gefährden, wenn wir die Goldwährung aufgeben. Es ist kein Wunder, daß Europa die Doppelwährung für andere Staaten wünscht, nur nicht für sich. Es könnte damit die ihm unbedequate Konkurrenz dem Felde schlagen. Darum muß ich das ganze Vorgehen der Bimetallichschen für eine internationale Doppelwährung nicht dem Herzen beklagen. (Beifall links.)

während die beiden Frauen den Kleinen zurecht machen, klopft es: Die Hülse kommt, zehn Franken, Billets für Brot und Fleisch. Morisseau lacht wie ein Blödsinniger und sagt, daß man bei der Armenkommission immer den Abfahrtszug veräume.

Ich! Diese arme kleine Kinderleiche, so abgemagert, leich wie eine Feder. Hätte man einen erfrorenen, von der StraÙe aufgefundenen Sperling auf das Bett gelegt, so wäre es kein größeres Häufchen gewesen.

Frau Bonnet, die nun wieder sehr zuvorkommend ist, hat eben erklärt, das Kind würde nicht wieder lebendig werden, wenn man auch noch so lange neben ihm fastete, und er bietet sich, das Brod und das Fleisch zu holen, indem sie beifügt, daß sie auch Licht mitbringen würde. Man läßt sie gewähren. Sie kommt zurück, deckt den Tisch und trägt die noch ganz heißen Würste auf. Und die ausgehungerten Morisseaus essen gierig neben Karol, dessen Kleines weißes Gesicht aus dem Schatten auftaucht. Der Dien glüht, es ist sehr behaglich. Von Zeit zu Zeit füllen sich die Augen der Mutter; große Thränen benetzen ihr Brod. Wie schön warm könnte Karol es jetzt haben, wie gern würde er eine Wurst essen!

Frau Bonnet will durchaus Wache halten. Gegen Mitternacht, als Morisseau endlich eingeschlafen ist, locken sich die beiden Frauen Kaffee. Eine andre Nachbarin, die achtzehnjährige Weisnäherin, wird dazu eingeladen und bringt, um doch auch etwas beizutragen, einen Rest Branntwein in einer Flasche mit. Dann trinken die drei Weiber ihren Kaffee, Schlud auf Schlud, sprechen dabei ganz leise und erzählen sich Geschichten merkwürdiger Todesfälle; nach und nach erheben sie die Stimmen, ihr Beklatsche dehnt sich weiter aus, sie sprechen von den Hausbewohnern, vom Stadtviertel, von einem Verbrechen, das in der StraÙe Rollet stattgefunden. Zuweilen sieht die Mutter auf und betrachtet Karol, als wollte sie nachsehen, ob er sich nicht geregt hat.

Da man den Tod nicht schon Abends angezeigt hatte, müssen sie den Kleinen noch den ganzen folgenden Tag im Hause behalten. Und weil sie nur eine Stube haben, so leben, essen, schlafen sie neben Karol. Manchmal verassen sie ihn einen Moment; wenn sie ihn dann wiederfinden, ist es, als verlören sie ihn aufs neue.

Endlich, am zweitnächsten Tage, wird der Sarg gebracht, nicht größer als eine Spielzeugkassette, vier schlecht

gezimmerte Bretter, welche insolge des Armuthsarmuths gratis geliefert werden. Und nun vorwärts! Man geht zur Kirche.

Hinter Karol geht der Vater mit zwei Kameraden, die ihm unterwegs begegnet sind, dann folgt die Mutter mit Frau Bonnet und der nachbarlichen Näherin. Die beiden Frauen gehen über die Knöchel im Schmutze. Karol es nicht, der Rebel fällt aber so feucht, daß er die Augen durchnäßt. In der Kirche wird die Zeremonie vollgemacht. Dann geht es weiter auf dem schmalen Pflaster.

Der Kirchhof ist noch außerhalb der Festungswälle. Man kommt durch die Allee von St. Ouen, über eine Barriere, endlich ist man da. Ein weites Feld, lang und gestreckt, mit weißen Mauern umfriedigt. Dort stehen Gras, die aufgelockerte Erde bildet Wellen, in der Ferne steht eine Reihe durrer Bäume, die den Himmel mit schwarzen Zweigen verhängen.

Der Leichenzug bewegt sich langsam auf dem Erdboden vorwärts. Jetzt regnet es; während des Regens muß man auf den alten Pfarren warten, der endlich einer kleinen Kapelle tritt. Karol wird in der Kapelle schlafen, die vielen gemeinschaftlich zugehört. Das Feld mit Kreuzen überfäet, welche der Wind umgeworfen hat, Kränze, die im Regen verfaulten, liegen daneben; ein Feld des Glends und der Trauer, verwüßt, zertrümpelt, und dümpelt diese Ansammlung von Leichen, welche der Hunger und die Kälte von Paris aufeinander häufen.

Es ist aus. Die Erde rollt, Karol ist auf dem Grabe der Grube, und die Eltern gehen fort, ohne daß es möglich gewesen, in dem flüssigen Rote niederzujinken, den sie einsinken.

Da es immer noch regnet und Morisseau von zehn Franken der Armenkommission noch drei übrig hat, er seine Kameraden und die Nachbarinnen ein, Weinkeise etwas zu sich zu nehmen. Man setzt sich einen Tisch, trinkt zwei Liter, ist ein Stück fest von dem. Dann bezahlen die Kameraden auf ihre Rechnung zwei Liter. Als die Gesellschaft nach Paris zurückkehrt, ist sie sehr guter Dinge.

Ich! das Elend!

Eines Morgens erklärt der Arzt, er würde nicht mehr kommen. Das Kind ist aufgegeben.

„Das feuchte Wetter giebt ihm den Rest,“ fügte er bei.

Da hebt Morisseau seine Faust gegen den Himmel auf. Bringt denn jedes Wetter die armen Menschen um! Als es fror, war das nicht gut; jetzt thaut es und es ist noch schlimmer. Wenn es seiner Frau recht wäre, könnte man einen Scheffel Kohlen anzünden, dann gingen alle drei zusammen. Das wäre schneller gemacht.

Die Mutter aber war noch einmal auf die Bürgermeisterei gegangen; man hat ihr versprochen, Hülfe zu schicken und nun warten sie. Welch ein schauerlicher Tag! Schwarz und kalt fällt es von der Decke nieder; in der einen Ecke regnet es, sie haben dort eine Schüssel hin gestellt, um die Tropfen aufzufangen. Seit gestern haben sie nichts mehr zu essen; das Kind trank nur eine Tasse Thee, welche die Hausmeisterin hinaufbrachte. Der Vater sitzt auf einem Schemel, den Kopf zwischen den Händen, gedankenlos, mit lausenden Ohren. Bei jedem Schritte draußen stürzt die Mutter an die Thüre und glaubt, es sei endlich die versprochene Hülfe. Als es 6 Uhr schlägt, ist noch Niemand gekommen. Die Dämmerung fällt ein, unburchsichtig, langsam und düster gleich einer Agonie. Und plötzlich als es Nacht wird, sammelte Karol abgebrochene Worte:

Mama — — Mama — — Die Mutter nähert sich, ein fieberhafter Hauch berührt ihr Gesicht. Dann hört sie nichts mehr; undeutlich unterscheidet sie den zurückgesunkenen Kopf, den steif gewordenen Hals des Kindes. Außer sich, stehend ruft sie: Licht! nur schnell Licht! — Mein Karol, sprich mit mir!

Es ist kein Licht mehr vorhanden. In ihrer Hast, Streichhölzer anzuzünden, zerbrechen sie ihr zwischen den Fingern. Dann befiehlt sie die Hände, das Gesicht des Kindes und stößt einen Schrei aus:

„O Gott! Er ist todt! — Höre doch Morisseau, er ist todt!“

Der Vater hebt den Kopf, die Finsterniß macht ihn blind.

„Run! Was weiter! er ist todt — — um so besser.“

Als Frau Bonnet die Mutter schluchzen hört, entschließt sie sich mit ihrer Lampe herüber zu kommen. Und

Abg. v. ...  
haben will  
Katz gegeb  
minister zur  
lag es für i  
da er mit  
Schnitte geu  
meil, auf  
die Rede de  
Lande gema  
sichern Herr  
bin auch ich  
indirekten S  
Ja wohl! I  
er die Angl  
Reichsanlei  
Galtung in  
Steuertrage  
(Wo! bei  
wie ihn w  
selbst ein  
aus diesem  
ich behede  
Vorschläge  
Börse zu  
Zirkulation  
wird, und i  
ralthe die G  
legen, sobal  
u. i. m. an  
die weitere  
in einem di  
daß wir dur  
gleichgülti  
richtig, wie  
widerholt d  
Sindens dar  
ermöglichen.  
langsam sic  
bet. Der G  
Einströmen  
ist unterbro  
Fristen zu  
sei selbstver  
frage aufm  
bei dem  
sehen möge  
für diebe  
es eben u  
und Silber  
weil ich a  
solche Para  
zu ignorire  
unbeschränk  
nicht verme  
Bewegung,  
schert nicht  
der Indu  
Frankreich.  
schlige Lar  
ob wir die  
Rettung ist  
Ob unser V  
entscheidend  
Scholz. G  
Reichsanlei  
der ein  
fahren kann  
politik in s  
den Stand  
bligt. Er  
dem Rothst  
er diesen S  
Abg. v.  
Gold niema  
Gold vorh  
England ei  
uns nicht  
allein die  
Reise ste  
die Arbeiter  
Zehn, dan  
die Produkt  
die Währun  
prägung n  
wie bei un  
Zapiervalu  
Reduktion  
den Klaffen  
großen Wa  
politik sollt  
Wort, man  
von ebenfo  
sich verau  
Reichsdoll  
hört, der  
dem Bier  
verräther.  
Um 5  
(Kauf: Au  
wahnheit e  
kane zu le  
Kaufman  
über zu sp  
puleh). G  
Kauf, w  
Weges, w  
trages Qu  
Vor laum  
ständig.  
sarril vor  
vorliegen.  
schlag zu  
es richtig  
blase zu  
Hellen zu  
schwächen  
für Lan  
Wenn Jb  
so habe id  
Regierung  
Anträge e  
geben. D  
die Brauch  
bringen, die  
wringes S  
schredliche  
lernen? I  
Gehört  
auf Ihre  
aber einen  
zu Stand  
dies eine  
Vorschläge  
kömlich,  
tam, wor  
Kammer l  
Internatio







gang berühmten Versicherungs-Gesellschaften auf Gegenseitigkeit nicht empfehlen.

Das Polizeipräsidium hat eine Anordnung getroffen, die einem humanen Sinne entspringend mit Freuden zu begrüßen ist. Es ist angeordnet worden, daß berauschte oder anscheinend berauschte Personen, welche von den Beamten auf der Straße aufgefunden werden, zunächst nicht nach der Polizeiwache, sondern nach der nächsten Sanitätswache gebracht werden sollen. Handelte es sich einfach um Betrunkene, so würde die Maßregel kaum getroffen worden sein. Mit ihnen würde man kein Mitleid zu haben brauchen, es wäre auch nicht recht ersichtlich, welche Hilfe ihnen die Sanitätswache ange-  
deihen lassen sollte. Der Nachdruck in der polizeilichen Anordnung ist jedenfalls auf das Wort „anscheinend“ Berauschte gelegt. Allzuoft ist es schwer zu unterscheiden, ob eine bestimmungslos oder in erregtem Zustand betroffene Person betrunken oder erkrankt ist. Kein Zweifel, es sind in dieser Beziehung schon Irthümer passiert, die wenigstens nur auf entschuldigen Irrthum beruhend, doch verhängnisvoll geworden sind. Es ist nicht Sache der Sicherheitsbeamten, eine ärztliche Diagnose zu stellen und auf den Polizeiwachen befinden sich keine Ärzte, können bei der großen Zahl der Reviere auch nicht Ärzte angestellt sein. Das nunmehr getroffene Auskunftsmitel scheint allen billigen Anforderungen zu entsprechen. Auf den Sanitätswachen allerdings scheint man, wenn wir einer Mittheilung vertrauen können, die von dort aus in die Öffentlichkeit langirt ist, nicht sehr erbaud zu sein von dieser Art des Arbeitswachens. Man hat wohl gerade mit Betrunklenen, die schwer zu regieren sind, dort unliebame Erfahrungen gemacht. Trotzdem sollen sie in einer Zeit, in der sie mit aller Kraft auf eine städtische oder staatliche Aven-  
tennung und Subventionierung rechnen, mit Freuden jede Gelegenheit ergreifen, die ihnen bewirkt, daß man mit ihnen als einem im öffentlichen Leben missprechenden Faktor rechnet. Erst kürzlich hat man Betrunkene nach der Sanitätswache gebracht, die bei der großen Kälte der letzten Tage fast erstarbt waren. Hätte man diese Unglücklichen direkt nach dem Polizeirevier geführt und dort, ohne die ihnen in der Sanitätswache gewordene ärztliche Hilfe zum Ausschlafen ihres Rausches in die Helle gesperrt, so würden sie wohl bis zum jüngsten Tage geschlafen haben. Nicht der Trunkenbold allein ist solcher Gefahr ausgesetzt. Auch dem anständigsten Menschen kann Nehrliches passieren. In der Riesenstadt treten plötzliche Erkrankungen auf der Straße: Schlaganfälle, epileptische Anfälle, plötzlicher Ausbruch von Triftn u. s. w. viel häufiger ein, als man annimmt. Ist der Prozentsatz der Fälle, in denen eine irrtümliche Beurtheilung der Krankheitserscheinungen vorkommt, auch nur ein geringer, so sind solche Fälle doch immerhin vorgekommen. Daß nach Kräften nun dem vorgebeugt werden soll, daß Kranke nicht als Betrunkene in die Helle eingesperrt werden sollen, ist eine Anordnung, die überall Befriedigung erregen wird.

**Polizei-Bericht.** Am 8. d. M. Morgens fiel eine Frau auf dem Hofe des Grundstücks Frankfurter Allee 26-27 in Folge Ausgleitens und brach das Bein. — Am 9. d. M. Morgens wurde auf dem Flur des Hauses Blumenstr. 75 die Leiche eines etwa sechs Monate alten Kindes, in Zeitungspapier gewickelt, aufgefunden. — An demselben Tage Nachmittags stürzte ein berittener Säugmann in der Königsgrabenstraße vor dem Hause Nr. 138 mit dem Pferde und erlitt dabei einen Bruch des Schlüsselbeins, so daß er mittelst Droschke nach seiner Wohnung gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 10. dieses Monats entstand in einer Wohnung des Hauses Rost-  
straße 16 Feuer, indem die Fallentage unter der Kochmaschine in Brand gerieth. Das Feuer wurde von der Feuerwehr ge-  
löscht.

### Gerichts-Zeitung.

Der unter so eigenthümlichen Umständen erfolgte Tod des Redakteurs Richard Jüterbock wird nun doch noch das hiesige Landgericht I beschäftigt, indem der Vormund der hinterlassenen Kinder des Verstorbenen, Gerichtsbevollmächtigter A. Kraenkel, gegen den angenommenen Uebernehmer dieser traurigen Katastrophe, den Steueranwähler Richard Raaf, die Zivilklage auf Entschädigung seiner Mängel angehängt hat. Aus diesem vom Mandaten des Klägers, Rechtsanwalt Dr. Salomon verfaßten Schriftstück, in welchem auf die in den Strafakten enthaltene Darstellung Bezug genommen ist, erhalten wir das erste richtige Bild von dem wirklichen Sachverhalt. Darnach vertrat an dem bewußten Abend des zweiten Pfingst-  
feiertages v. J. der Beklagte den Wirth des Goebel'schen Lokals, Invalidenstraße 40. Der Verstorbene hatte dortselbst eine Beze von ca. 4 M. gemacht und, als er dieselbe um 11 Uhr bezahlen wollte, wahrgenommen, daß er nicht genug Geld bei sich habe. Er bat daher den Raaf, ihm auf seine werthvolle Uhr zur Bezahlung seiner Beze ein kleines Darlehn zu gewähren, wurde jedoch mit diesem Bunsche nach der Bekundung mehrerer Zeugen in schroffer Weise zurückgewiesen. Infolge dessen entschloß er sich das Wort „Regel“, worauf er von Raaf eine gewichtige Ohrfeige erhielt. Trotzdem bat J. den letzteren wegen des ihm unabsichtlich entfallenden Schimpfworts um Entschuldigung. R. aber antwortete: „Ach was, bei mir wird nicht entschuldigt, seien Sie froh, daß ich Ihnen nicht die Knochen am Leibe zerschlagen habe.“ Als J. hiergegen Einspruch erhob, verfeigte ihm Raaf eine größere Anzahl von Faustschlägen ins Gesicht, bis er röchelnd und im Fallen seine Wohnung angehend zu Boden sank. Die angestellten Wiederbelebungsversuche waren fruchtlos. Dieser Thatbestand war den obduzierenden Ärzten zur Zeit der Sektion nach gar nicht bekannt. Dieselbe ergab nur als Todesursache den Eintritt eines Schlagflusses, ohne daß sich ein Zusammenhang derselben mit den erlittenen Verletzungen feststellen ließ. Professor Dr. Liman erachtete es übrigens für wahrscheinlich, daß der Schlagfluß in Folge großer Aufregung eingetreten ist. Die in der Klage beanspruchte Entschädigung beliefert sich auf ca. 9000 Mark. — Dieser eskalante Fall einer Mißhandlung wird hoffentlich für die Ausfüllung einer Lücke in unserer Strafgesetzbuch die erforderliche Anregung geben; denn nur dem Umfange, daß der Gemüthskranke sofort sein Leben verlor, verdankt der Thäter, daß er strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden kann. Daß der Befehlgeber bei einem so traurigen Ausgang aber nicht eine Prämie auf die That setzen wollte, ist einleuchtend; es muß deshalb Vorkehrung getroffen werden, daß gerade wie bei minderjährigen Personen, einer durch Mißhandlung schwer verletzten Person, die selbst nicht mehr in der Lage ist, einen Straf-  
antrag zu stellen, zu diesem Behufe ein Kurator bestellt werden kann. — Ueber den Verlauf und Ausgang des Prozesses werden wir seiner Zeit berichten.

### Soziales und Arbeiterbewegung.

**Nürnberg, 9. Februar.** Der Streik der Arbeiter in der Preussischen Schuhfabrik ist bereits beendet. Heute früh fand eine Einigung zwischen den Arbeitern und dem Fabrikanten statt, nach welcher letzterer sich bereit erklärte, von seinen unerhöhten Forderungen Abstand zu nehmen und bei den meisten Artikeln wieder zurückzugeben. Der Abzug beträgt jedoch immer noch 20 bis 25 pCt. Die Arbeiter haben sich in Anbetracht der schlechten Jahreszeit vorläufig gefügt.  
Die kollektivistischen Bestrebungen des Großbetriebs, wie sie in den von Jahr zu Jahr im Wirtschaftsleben eine mächtige Rolle spielenden Aktiengesellschaften und anderen Unternehmungen zu Tage treten, zeigen sich auch recht deutlich in den Kartellen, Konventionen, Verbänden von Industriellen einer Branche auf nationaler oder internationaler Grundlage zum Zwecke der Regelung d. h. Einschränkung der Produktion. Die Anarchie unserer Produktionsweise richtet solche Ver-

beurteilungen an, daß die Kapitalisten gezwungen werden, um sich einigermaßen zu schützen, in Gruppen zusammenzutreten und über die Produktion ihrer Industrie einigermaßen Kontrolle zu üben. Es einigen sich z. B. die englischen, französischen und deutschen Schienenfabrikanten, gleichmäßig in einem bestimmten Verhältnis die Aufträge, die für ihre Waare einlaufen, unter sich zu vertheilen. Man sieht aber, die moderne Wirtschaftsweise sprengt bereits die ihr zu eng gewordenen Formen und drängt auf eine andere Gestaltung der Produktionsweise. So hat sich jetzt wieder eine neue Konvention, die der Gasfabrikantengesellschaft in Oberbergamtsbezirk Dortmund gebildet, um ihren Prokt zu schützen. Immerhin bedeutet solch eine Konvention sozialwissenschaftlich einen Schritt vorwärts auf der Bahn der ökonomischen Entwicklung.

Die Nachrichten vom europäischen Zuckermarkt belehren uns wieder einmal mit eindringlicher Deutlichkeit über die wirtschaftliche Anarchie, die in der „besten aller Welten“ herrscht. Die tolle, ziellose Produktion hat einen Ueberfluß an fertiger Waare hergestellt, für welche nicht weiter fehlt, als gerade das — Nichtigste die ausreichende Kaufkraft der Nationen. Bei der fortschreitenden Verschlechterung der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes ist es selbstverständlich, daß nicht genügend Konsumirt werden kann, daß wir Unterkonsumtion und Ueberproduktion haben. Denn zum Konsumiren gehört wie zum Kriegführen Geld, nochmals Geld. Der Rückgang des Zuckerverbrauchs bedeutet eine Einschränkung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse. Wie die Dinge liegen, zeigt folgende Notiz aus dem Handelsblatt der „Allg. Ztg.“: „Vom Zuckermarkt. Die Kampagne ist nahezu beendet, und es läßt sich das Ergebnis bereits einigermaßen übersehen. Der Ausfall, der sich in der Produktion in Vergleichung zum Vorjahre ergibt, entfällt so ziemlich den bisherigen Schätzungen und ist für Deutschland mit 3 1/2 Millionen, für Oesterreich-Ungarn mit 2 1/2 Millionen metrischen Zentnern zu beziffern. Ebenso ist die Produktion in Holland, Belgien und Frankreich zusammen um circa 575 000 Meter-Zentner zurückgeblieben, wogegen aus Rußland eine Mehrproduktion um rund eine Million metrische Zentner gemeldet wird. Es ist demnach die gesammte Zuckerproduktion Europas um 5 1/2 Millionen metrische Zentner geringer als im Vorjahre. Dessenungeachtet kann eine nachhaltige Besserung der Preise nicht Blas greifen, vielmehr machte die rückgängige Preisbewegung weitere Fortschritte.“ Unsere Manufaktur aber schwärmen noch immer für das „freie Spiel der Kräfte“, bei dem der Arbeiter die Freiheit hat, zu verhungern.

Ueber die Lohnverhältnisse der Arbeiter auf den Staatswerken der preussischen Montanindustrie, deren Zahl 1884/85 von 48 872 auf 50 042 gestiegen ist, bringt ein schaujähres Organ die Mittheilung, daß sie im letzten Etatsjahre günstig für die Arbeiter gewesen seien. „Auf den beiden Steinkohlenbergwerken des Staates in Oberschlesien“, heißt es wörtlich, „sind die durchschnittlich verdienten Bergarbeiterlöhne gegen das Vorjahr sogar zum Theil nicht unwesentlich gestiegen. Auf der Königsgrube verdiente der Häuer durchschnittlich in der Schicht 2,87 M. gegen 2,82 M. im Vorjahre, der Fördermann 1,762 M. gegen 1,759 M. im Vorjahre und auf Königin Luisegrube stellte sich der Durchschnittslohn bei den Häuern auf 3,14 M. gegen 3,06 M. im Vorjahre, bei den Förderleuten auf 2,01 M. gegen 2,02 M. in 1883/84. Bei den Saarbrücker Steinkohlengruben stellte sich der mittlere Jahresverdienst eines Arbeiters auf 388 M. gegen 363 M. im Vorjahre, es fand hier also eine geringfügige Ermäßigung statt; dagegen hat bei den Staatswerken des Oberbergamtsbezirks Lautenthal der durchschnittliche Jahresverdienst abermals eine geringe Steigerung erfahren.“ „Nicht unwesentlich“ heißt also eine Steigerung um 5-9 Pf. pro Schicht, also bei 300 Schichten von 15 M. bis 27 M. im Jahre, „geringfügig“ heißt dagegen eine Ermäßigung um 25 M. jährlich!

Aus dem Offener Bergereiere kommen traurige Nachrichten. An vielen Stellen finden Arbeiterentlassungen statt. Bei Westfalen ist 30 Bergleuten gekündigt worden, während auf der Beche „Jentrum“ Arbeitslücken ausfallen. Auf Beche „Konordia“ wurden entlassen 50, auf „Königsgrube“ 100 und auf „Henriette“ 161 Bergleute.  
Die Abrechnung über den Streik der Möbelpolier in der Genossenschaft „Selbsthilfe“ weist folgendes Endresultat auf: Gesamteinnahme 84,90 M. Gesamtausgabe (Streikgelder und sonstige Unkosten) 83,50 Pf. Restbestand 1,40 M.

### Vereine und Versammlungen.

Im Verein zur Wahrung der Interessen der Tapezierer Berlins wurden am 8. d. M. bei Gratweil zunächst mehrere innere Vereinsangelegenheiten erledigt. Dann machte der Vorsitzende die Mittheilung von dem eben erfolgten Hinscheiden des wackeren Kollegen Rudolph, dessen Andenken die Versammlung durch Erheben von den Sigen ehrte. Der Verein beschloß, sich an dem Begräbniß des Verstorbenen durch eine Deputation, sowie durch zahlreiches Erscheinen der Mitglieder überhaupt und durch Spendung eines Kranzes zu betheiligen. Der Tag der Beerdigung wird im „Berliner Volksblatt“ bekannt gemacht werden. Ferner wurde beschlossen, am 22. d. M. eine Generalversammlung beßus Vornahme der Vorstandswahl stattfinden zu lassen. Auch erstatteten die Herren Möllenhof und Wolf die Berichte der Arbeitsnachweiskommission und des Hilfsvereins für das 4. Quartal. Schließlich entspann sich noch über vorliegende Anträge, welche sich auf die unlangst von der Generalversammlung angenommenen Anträge auf Statutenänderung bezogen, eine ausgedehnte Debatte, in der sich die Meinungen scharf gegenüberstanden, ohne daß es zu einer eigentlichen Verständigung kommen konnte. Die Versammlung nahm deshalb mit allen gegen zwei Stimmen von einer Beschlußfassung über jene beiden Anträge vorläufig Abstand. Es wurde mitgetheilt, daß die Statutenänderungen gedruckt und bis 1. März vortheilt werden sollen. Die Angelegenheit in Betreff der Unterstützung zugereister Kollegen wurde dem Arbeitsnachweisvorsteher übertragen. Ferner beschloß der Vorstand einstimmig, die Geschäftsordnung der Zeitungskommission dahin abzuändern, daß der Verleger oder Eigenthümer der Zeitung aus den Reihen der Kommissionsmitglieder gewählt werden, der Redakteur jedoch nicht Kommissionsmitglied sein solle. Für die Vorstandswahl, am 22. d. M. beschloß der Vorstand folgende Kandidaturen vorzuschlagen: Sander zum ersten Vorsitzenden, Trautmann zum ersten Kassirer und Lohhöfner zum ersten Schriftführer. Der Vorstand tritt in der betreffenden Generalversammlung für die Wahl der Genannten ein; auch soll dieser Beschluß in der Wahlversammlung zur Verlesung gebracht werden. Der Vorstand beschloß, zu beantragen, daß „kranke Mitglieder für die Dauer ihrer Krankheit von den Vereinsbeiträgen zu entbinden sind.“ Ferner wurde beschlossen, circa 70 mit ihrem Vereinsbeiträgen statutenwidrig im Rückstande gebliebene Mitglieder der nächsten Mitgliederversammlung des Vereins eventuell als aus dem Verein ausgeschlossen gelten und das betreffende Namensverzeichnis zur Verlesung bringen zu lassen. Der Beschluß wurde in der Versammlung bereits zur Ausführung gebracht.  
Die in der Hufabrikation beschäftigten Arbeiter brachten in einer gut besuchten Versammlung am Montag (Alexanderstr. 31) die Beratung über das von der Kommission vorgelegte Statut für den Fachverein zum Abschluß. Auch die vorgelegte Geschäftsordnung wurde unverändert angenommen, und nur ein Zusatz hineingebracht, welchem zufolge sämtliche Angelegen von Versammlungen und sonstige Bekanntmachungen für den Verein durch das „Berliner Volksblatt“ erfolgen

sollen. — Der Vorsitzende theilte mit, daß ihm aus Breslau, Hamburg, Bremen und Ludenwalde Zuschriften von Kollegen ausgegangen seien, in welchen diese über die Gründung des Fachvereins in Berlin ihre Zustimmung ausdrücken und in Aussicht stellen, daß das Vorgehen der Berliner Kollegen in ihren Nachfolge finden werde. Die Kollegen de Roche und Augustin machten Mittheilungen über die von der Firma Bedaluis u. Perlow bezahlten niedrigen Akkordlöhne, bei denen es den Arbeitern nicht möglich sei, in der Woche 14 Mark zu verdienen. Weiter wurde Frage darüber geführt, daß die genannte Firma und auch andere Fabrikanten ihre Pflicht, der Beiträge zur Ortskassenkasse für ihre Arbeiter zu zahlen nicht nachkommen. Ein Kollege theilte mit, daß sein Arbeitergeher ihm 6 Wochen den vollen Beitrag zur Kassenkasse zum Lohne abgezogen, denselben aber nicht zur Kasse abgeliefert habe. Bei seinem Abgange habe der Herr ihm zwar die Beiträge zurücküberreicht; er habe aber, weil die Zahlung der Beiträge unterblieben ist, sein Anrecht an die Kasse eingeleitet. Der Vorsitzende forderte die Kollegen, welche derartige Klagen vorzubringen hätten, auf, ihm die nöthigen bestimmten Angaben zu machen, damit er das Weitere gegen die betreffenden Arbeitgeber veranlassen könne. Mehrere Kollegen kamen zur Aufforderung nach. Nachdem die Versammlung noch die Kommission ermächtigt, die von der Polizeibehörde etwa geforderten Aenderungen des Statuts selbstständig zu vollziehen, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den neuen Verein.

Im Fachverein der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, chirurgischer und anderer Instrumentenmacher hielt Herr Dr. Gerlach einen interessanten Vortrag über „Arbeiterhygiene“. Redner wies die Nothwendigkeit, die Verhältnisse des Arbeiters auch in hygienischer Hinsicht zu verbessern, darauf hin, daß z. B. in England das durchschnittliche Lebensalter der sogenannten höheren Kreise 44 Jahre, das der arbeitenden Bevölkerung nur etwa 22 Jahre beträgt, während auch die Kindersterblichkeit in den Familien der Arbeiter doppelt so groß ist, wie bei den Begüterten. Die Schädlichkeiten, welche dem Arbeiter bei seinem Berufe einwirken, seien zu suchen in dem zu bearbeitendem Material, in der durch die Arbeit bedingten Körperhaltung, in der Ueberanstrengung und in der mangelhaften Beschaffenheit der Arbeitsräume. Anschließend hieran bespricht der Vortragende eine Reihe von „Arbeitskrankheiten“ und erläutert speciell die Begriffe „Kohlensucht“, „Eisenlunge“, „Steinhauerlunge“ etc. Auch in Bezug auf Unfallsverletzungen weist Referent nach, daß von 66 148 in den Jahren 1893-94 vorgekommenen Verletzungen 89 174, also 59 pCt. Verletzungen im Beruf kommen. Abdann wendet sich Herr Gerlach gegen die Kinderarbeit, die vom Standpunkt der Hygiene allen Umständen zu verwerfen sei und kritisiert sowohl die einschlägigen bis jetzt bestehenden Maßregeln zum Schutze der Arbeiter, indem er auf das Unzureichende derselben hinweist, als auch die Frauenarbeit sei vom hygienischen Standpunkt aus zu rechtfertigen. Zu den Schutzmäßigkeiten, welche die Arbeiter unbedingt verlangt, geböre auch die Forderung des Marsches arbeitslages und der Sonntagsruhe, welche Postulate der Einföhrung zu erstreben sind; sodann sei nicht zu unterschätzen die Wichtigkeit der Beschaffung gesunder Wohnverhältnisse für Arbeiter, welche letztere unter den heutigen Verhältnissen nicht müßten, daß man sie als „Trockenwohner“ neuerdings benutz. Eine weitere Wichtigkeit legt Referent die Reinlichkeit des Körpers bei, die aber nur dann in der geübtem Maße gepflegt werden kann, wenn dem Arbeiter die nöthigen Bäder zur Verfügung stehen, deren Hauptzweck die höchste Bequemlichkeit und Unentgeltlichkeit sein müssen. Wenn die Arbeiter diesen Zielen nachstreben, so folgen sie den Weg der zu ihrer und ihrer Familien Gesundheit führt. (Allgemeiner Beifall.) Zu „Verschiedenes“ wurde außerdem überaus traurige Lage der Mechaniker und Berufsgenossen hingewiesen; so sei es vorgekommen, daß in der Werkstätte eines Erntede ein Gehilfe in dreizehn Arbeitstagen 15 M. verdient habe, also pro Tag eine Mark 15 Pf. Es sei deshalb der Anschluß eines jeden Kollegen an den Fachverein dringend geboten. Unter förmlicher Beifall verliest der Vorsitzende hierauf eine ihm zugegangene Verfassungsordnung der Vereinigung Wolff u. Riels (Zimmerstr.) und kritisiert dieselbe. Der Vorsitzende „Austerordnung“ lautet: „Lautes Singen und Tanzen sowie übermäßiges Rauchen ist nicht erlaubt. Jeder hat sich im Hause ruhig zu verhalten und sich nicht mit den Bewohnern des Hauses in Hant oder Standal einzulassen u. s. w.“ Die Erledigung des Fragekastens schließt der Vorsitzende die Versammlung um 11 1/2 Uhr.

Herr Edmund Fichtner, Admiralstr. 40a, ersucht um Ausnahme nachstehender Berichtigung: „Der Bericht Nr. 33 des „Berliner Volksblatt“ über die am Sonntag, 7. d. Mts., stattgehabte Klemperer-Versammlung enthält inhaltlich meiner Bemerkung als 2. Vorsitzender der Vereinigung politische Demagogie“ nicht denunziert und ist es auch demnach unrichtig, daß diese Denunzierung als Lüge bezeichnet werden könnte. Letzteren Vorwurf erhob der p. Quintern gegen Wort „Schurke“, welches ich nicht gebraucht habe, auch nicht sagter Irthum durch mich in der Versammlung gemacht worden.

Verein der Berliner Droschkentischer. Freitag, 12. Februar, Abends 10 Uhr, im Saale des Handwerker-Vereins, Sophienstr. 15, ordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht über Einnahmen und Ausgaben seit Bestehen der Fachzeigung. Besprechung über Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder und Beitrags-Entgegennahme.

Hilfskasse der Bureaubeamten der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher in Berlin (Eingeladene Mitglieder). Donnerstag, den 11. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Commandantenstr. 77/79. Erste Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Empfangnahme der Statuten; 2. Aufnahme der Redigoren; 3. Vortrag des Rechtsanwalts Fr. aus Fürstentwalde; 4. Fragekasten.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Deutschen Deutschlands (E. S. 69) Filiale Berlin. Freitag, den 11. d. M., Abends 8 Uhr, bei Sahn, Innenstr. 16, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Wieviel Delegirte Berlin zu der am 21. Februar in Hamburg stattfindenden Generalversammlung? 2. Einbringung von Anträgen auf Generalversammlung. 3. Verschiedenes.

Im Verein für die Reform der Schule und der Erziehung spricht am Freitag, den 12. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Univerfium, Brunnenstr. 29, Herr Burck über die Verhältnisse des höheren Unterrichtswesens nach Prof. Paulsen's namigem Buche. Zutritt haben nur Herren. Gaffe sind willkommen.

### Briefkasten der Redaktion.

100. An die Stelle der früheren Berichtsekretäre seit dem 1. Oktober 1879 die Berichtschreiber getreten, sich aber noch mit Vorliebe „Der Sekretär“ titulieren. H. R. 183. Wenn Sie nicht mit dem Verleger einen Sohnes einen schriftlichen Verhtrakt abgeschlossen haben, können Sie Ihren Sohn jederzeit ohne vorherige Abgung aus der Lehre nehmen. Ist aber ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen, so müssen Sie gerichtlich auf Aufhebung des Lehrverhältnisses klagen, Ihren Sohn aber bis zur gerichtlichen Entscheidung in seiner Stellung lassen. Daß Sie von früh um 7 bis Abends um 11 Uhr im Geschäft zu gelangen wird, ist ein ausreichender Grund zur Klage auf Auflösung. Ein 16 stündiger Normalarbeitstag kann Niemandem, am wenigsten einem 15 jährigen Jungen mulbet werden.